

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in den Wochenenden 2 mal. Durch die Haupt-Expeditoren, Struthofstr. 16, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Hauptstr. Nr. 5 und Neue Hauptstr. Nr. 11, durch die Buchhandlungen, Algenrodtstr. 10, durch die Buchhandlungen, Algenrodtstr. 10, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.10 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Anzeigenpreis: Je Quadratmeter für gedruckte Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Siebenangebot 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verlangen- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 1 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) zu der Haupt-Expeditoren Struthofstr. 16 oder in der Algenrodtstr. abgegeben werden.

Der Berliner „Schlesische Abend“.

Einseitigkeiten und Ungleichheiten der Unternehmervertreter.

Aus dem Landtag wird uns in Ergänzung des kürzlich niedergelegenen W.B.-Berichts und unvollständiger bürgerlicher Darstellung geschrieben:

Die Spitzenverbände der schlesischen Wirtschaft aus Industrie und Gewerkschaften veranstalteten am 14. Februar einen „Schlesischen Abend“, zu dem sie die Reichs- und Landtagsabgeordneten eingeladen hatten. Von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion waren die Genossen Löbe und Seppel, von der Landtagsfraktion Franz Obereschlesien, Dr. Hamburger, Göricke, Simen, die Genossen Wegscheider und Gaudlich, vertreten. Ein Teil der schlesischen Landtagsabgeordneten, darunter Genosse Winger, konnte nicht erscheinen, da sie an demselben Abend in Ausschussverhandlungen, die sich über sechs Stunden bis fast um Mitternacht hinzogen, die Verordnung über die Freigabe gewerblicher Räume im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien zu Fall zu bringen bemüht waren, leider bekanntlich gegenüber der geschlossenen Front des Bürgertums ohne Erfolg.

In der Veranstaltung der Spitzenverbände trugen Generaldirektor Stähler, der Vorsitzende des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Syndikatsdirektor Grolsch für den niederschlesischen Kohlenbergbau, Generaldirektor Dr. Schmidt vom Bund Niederschlesischer Industrieller für die verarbeitende Industrie und Sekretär des Bezirksausschusses des V.D.G.B., Genosse Wiersich, ihre Wünsche und Klagen über schlesische Wirtschaftslage und die Mittel zur ihrer Besserung vor. Die Veranstaltung stand offensichtlich unter dem Eindruck der beschlossenen Fertigstellung des Mittellandkanals, von der die schlesische Wirtschaft infolge der günstigeren Frachtkombination des Westens, die dann bestehen wird, eine schwere Schädigung erwartet.

Leider war der Vertreter der Gewerkschaften der einzige Redner, der klar zum Ausdruck brachte, daß die schlesischen Interessen nicht gegen den Bau des Mittellandkanals, sondern für entsprechende Berücksichtigung schlesischer Verkehrswege sprechen. Die Ausführungen besonders Stählers in dieser Beziehung waren wenig glücklich. Er gebrauchte den Ausdruck, daß der Mittellandkanal wie ein Dieb in der Nacht die schlesische Industrie überräube und hat damit, ebenso wie die nachfolgenden Redner, die das Mittellandprojekt wenig freundlich behandelten, eine ungünstige Stimmung weiter und einflussreicher weißdeutscher Kreise gegen Wünsche des Ostens heraufbeschworen, wie aus manchen Bemerkungen anwesender weißlicher Abgeordneter hervorging. Auch die Sozialdemokratie steht in dieser Hinsicht zu seinen Anschauungen in schroffem Widerspruch, fördert dagegen alle Pläne auf stärkere Einbeziehung Schlesiens in das deutsche Wirtschaftsleben. Das hat sie durch ihren jahrelang geführten Kampf für das Ottmachauer Staubecken gegen Deutschnationalen und Zentrum, die diesen Plan lange Jahre bekämpft hatten, gezeigt. Daher sind auch Verurteilungen aus dem Munde von Zentrumsabgeordneten, die sich jetzt nachträglich das Verdienst an dem Bau von Ottmachau zuschreiben wollen, wenig am Platze. Die Sozialdemokratie tritt weiter für die Wünsche ein, die auf eine Beschleunigung des Baues von Ottmachau hinführen; dieser ist so zu fördern, daß das Staubecken schon vor dem jetzt in Aussicht genommenen Jahre für seine Vollendung, 1932, fertig gestellt, auf jeden Fall gleichzeitig mit dem Mittellandkanal für den Verkehr nutzbar gemacht werden muß.

Was sonst an Kanalplänen vorgebracht wurde, war wenig durchdacht und zum Vortrage in einer solchen Veranstaltung nicht reif. Stähler verlangte den Klodnikkanal, Schmidt-Birshberg den Elbe-Oder-Kanal, ohne daß sie sich gründlich mit den Einwänden gegen diese Projekte auseinandersetzen oder auch nur ihre Referate in dieser Beziehung auf einander abgestimmt hatten. Ueberhaupt war bemerkenswert, wie wenig die Redner der Industrie ihre Anschauungen auf einander eingestellt hatten. Der Vertreter des Waldenburger Gebiets wandte sich nach wie vor gegen die Einfuhr polnischer Kohle im künftigen Handelsvertrage, ohne daß er sein Referat hierüber in Verbindung mit den neuen Zeitereignissen auf dem Gebiet der deutsch-polnischen Beziehungen gebracht hätte. Herr Schmidt für die verarbeitende Industrie klagte wieder über das Aufhören jedes Exports nach Polen, ohne dabei die Beziehungen zu Polen zu berühren. Für die Breslauer Wirtschaft sprach kein Vertreter, was immerhin auffiel und von den zuständigen Stellen noch erklärt werden sollte.

Ein großer Teil der Beschwerden richtete sich gegen die Tarifpolitik der Reichsbahnverwaltung, die mit Recht als verhängnisvoll für die schlesischen Kohlengebiete kritisiert wurde. Nicht erwähnt wurde von industrieller Seite, daß für sie in hohem Maße der Industrielle C. F. v. Siemens verantwortlich ist, der auch als Wähler von Reichsbahninteressen Kanalpläne als wirtschaftlich allgemein nicht nützlich und der Entwicklung der Reichsbahn schädlich in Wort und Schrift erbittert bekämpft. Was im übrigen an Einzelwünschen für Straßenbauten, bessere Eisenbahnverbindungen usw. vorgebracht wurde, war vernünftig, aber durchweg nicht neu. Es zeigte durch seine Unkenntnis von der in Parlament- und in der Verwaltung auf diesem Gebiete geleisteten

Der Etat im Reichstag.

Finanzminister Köhler stellt sich vor. — Gen. Herz verlangt Kürzung des Wehretats, Erhöhung der Börsensteuern, Bekämpfung der groß-agrarischen Steuerjagd, Ablehnung von Mieterhöhungen.

Der linke Flügelmann des Bürgerblock-Kabinetts, der badische Zentrumsmann Dr. Köhler, hat gestern seine erste Reichstagsrede gehalten. Er hatte den Etat für 1927 einzubringen, mit dem er von seinem Vorgänger, dem ganz auf Unternehmerinteressen eingestellten Dr. Reinhold, eine nicht sehr erfreuliche Erbschaft übernommen hat. Einige seiner ersten Feststellungen bedeuteten eine Bestätigung früherer sozialdemokratischer Kritik an der unter der letzten Regierung auch vom Zentrum unterstützten Reinhold'schen Finanzwirtschaft. Reinhold's Steuerkürzungsmassnahmen sind überwiegend nur dem Besitz zugute gekommen, nicht dem Preisabbau. Die Reichseinnahmen sind aber dadurch knapp geworden. Herr Köhler hat dazu einige vernünftige Worte über notwendige Ausgabenkürzungen und Verbesserungen der Finanzverwaltung hinzugefügt. Ob er aber dort, wo am meisten verschwendet wird, bei Reichswehr, Reichsmarine und Subventionen für die Privatwirtschaft, im jetzigen Reichskabinetts tatsächlich irgendwelche Kürzungen durchsetzen wird? Wir fürchten, es wird bei der Verprechung bleiben, zumal auch in die Rede selbst dieses Ministers bereits gewisse Schatten von Interessentenwünschen fallen, wenn er zum Beispiel gegen Kanalwünsche die Argumente gewisser mit der Reichsbahn zusammenarbeitender Industriekreise vorbringt.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich nach der im ganzen mehr formalen Rede des neuen Ministers auf die Kritik des sozialdemokratischen Sprechers Dr. Herz, dessen Sachkunde auch die Gegner und nicht zuletzt die Beamten der Reichsfinanzverwaltung anerkennen müssen. Herz gab gestern viel mehr als eine bloße Finanzkritik. An überaus klaren Ziffern zeigte er die Entwicklung der gesamten deutschen Wirtschaftslage im vorigen Jahr als eine scharfe Zuspitzung der wirtschaftlichen Klassengegensätze auf. Während die Arbeitslosigkeit sich vermehrt, der Reallohn gesunken ist, zeigen die unbestätigten Zahlen die Profite überall wieder im Steigen. Dr. Herz legt unwidersprochen dar, wie sehr diese Entwicklung durch die Zoll- und Finanzpolitik der bürgerlichen Mehrheit gefördert wurde, die die Börsenspekulation und die Steuerdrückbergererei der Großagrarier förderte, die Preiserhöhungen mit verstärkter Ausbeutung der Arbeiterschaft durch Überstunden verband. Aber er bleibt nicht bei der Anklage und Kritik stehen, sondern er macht positive Vorschläge für sozialere Finanzpolitik durch umfangreiche Einsparungen bei der Reichswehr, schärfere Kontrolle des Parlaments, erhöhte Börsensteuern, verbesserte Einnahmeverwaltung der Besitzsteuern, Freigabe wichtiger Verbrauchssteuern wie der auf den Zucker und andere genau begründete Einzelmaßnahmen. Diese Oppositionsrede wirkt gerade durch ihre Sachlichkeit, und wenn ihre

Arbeit, daß die schlesische Wirtschaft für die sachlichen Forderungen nicht verstanden hat, die rechten Beziehungen zu der staatlichen Tätigkeit zu finden und dadurch die Arbeit der gesetzgebenden Körperschaften zu fördern. Das ist auch letzten Endes der Grund, weswegen die in dieser Hinsicht beweglicheren westdeutschen Wirtschaftskreise denen des Ostens voraus sind. Herr Stähler beantwortete einen dahin gehenden Hinweis einer Abgeordneten mit der Bemerkung, er stände stets zur Verfügung, und mußte sich in einem Zwischenruf darüber belehren lassen, daß die Wirtschaftskreise mit ihren Wünschen zum Parlament zu kommen hätten und nicht umgekehrt.

Im ganzen hinterließ der Abend bei den meisten Teilnehmern infolge der geschilderten Mängel einen wenig befriedigenden Eindruck, der eine Milderung lediglich durch einiges brauchbares Druck- und Kartenmaterial fand. Will die schlesische Wirtschaft nutzbringend bei allgemeinen wirtschaftlichen Aufgaben mitarbeiten, so wird sie den allzumeinen zur Debatte stehenden Fragen und den Spezialaufgaben mit viel größerer Intensität und auch in viel engerer Fühlung mit der behördlichen und parlamentarischen Stellen ihr Augenmerk zuwenden müssen, als sie das bisher getan hat.

Forderungen von der jetzigen Regierung nicht erfüllt werden, so wird der Kampf um sie erst recht nicht aufhören!

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags Sitzung stand die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1927 in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs zur Uebergangsgesetzgebung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Das Wort nahm sofort

Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Er betonte einleitend, daß der Haushaltsplan von seinem Vorgänger aufgestellt und von der neuen Regierung unverändert übernommen worden sei. Das Haushaltsjahr 1926 schließt mit einem kleinen Ueberschuß ab. Das Steuermitertragsgesetz habe zweifellos für die Wirtschaft eine belebende Wirkung gehabt. Die herabgesetzte Umsatzsteuer sei um 130 Millionen hinter dem in den Etat eingelegten Betrag zurückgeblieben. (Hört! Hört!) Das Argument, daß eine Herabsetzung der Steuerlast den Gesamttrag der Steuer steigern könnte, habe sich bei der Umsatzsteuer nicht bestätigt, auch die als Wirkung der Herabsetzung erwartete Senkung der Preise sei nicht eingetreten. (Hört! Hört!) Die Finanzlage sei jetzt so, daß die früheren Ueberhöhte verbraucht sind und die Wirtschaftslage die erhoffte Besserung nicht erfahren hat. (Leb. Hört! Hört!)

Das Gleichgewicht des vorliegenden Etats ist nur Scheinbar; denn es sind keine Mittel vorgesehen für die zu erwartenden größeren Ausgaben (Lebhaftes Hört! Hört!) und es sind keine Reserven vorhanden. Wenn das Arbeitslosenversicherungsgesetz am 1. April noch nicht in Kraft treten kann, dann muß das Reich die Erwerbslosenfürsorge weiter leisten und muß außerdem den Anteil der Länder und Gemeinden mit übernehmen. Das würde eine Ausgabe von monatlich 40 Millionen bedeuten, für die keine Deckung vorhanden ist. (Hört! Hört!) Außerdem wird die den Beamten so oft gegebene Zusage der Aufhebung ihrer Bezüge eingelöst werden müssen, denn der Weg einmaliger Beihilfen wollen wir verlassen. (Beifall.) Dabei ist die Hoffnung auf eine weitere fortschreitende Besserung der Wirtschaft recht gering. Eine pflegliche Behandlung der Steuerquellen ist notwendig. Wir wollen keine fiskalische, sondern eine volkswirtschaftliche Finanz- und Steuerpolitik. Die in der Verbindung begriffene Wirtschaft soll mit neuen Lasten belegt werden. Nach Möglichkeit soll mit der Steuerentlastung fortgefahren werden. Die Wirtschaft hat also mit dem Regierungswechsel keine Schicksal verloren, zumal die Mehrheit der bisherigen Regierung auch in der neuen Regierung geblieben ist. Bei der weiteren Steuerentlastung sollen in erster Linie die Ausgaben für notwendige Verbrauchartikel und die Realsteuern herabkommen. Die Voraussetzung dafür ist eine wesentliche Einschränkung der Ausgaben. Ich habe Vereinbarungsmaßnahmen vorbereitet, mit denen erreicht werden soll, daß der Steuerzahler ohne Steuerberater auskommen kann.

Die Beamten der Finanz- und Steuerverwaltung verdienen für ihre verantwortungsvolle Arbeit höchste Anerkennung. Den maßlosen Beschimpfungen, denen sie in letzter Zeit ausgesetzt waren, muß ich mich entgegenzusetzen werden. Das Haushaltsjahr 1927 werden wir nur dann gut überleben können, wenn bei den Ausgaben wesentliche Abträge gemacht werden. Heilige unantastbare Zahlen und Fonds darf es im Etat nicht geben, wir werden auch die sogenannten „unantastbaren“ Ausgabensteigerungen scharf nachprüfen. (Beifall. Zurufe links: „Das müssen Sie Gehler sagen!“) — Wir werden im Arbeitsbeschaffungsprogramm auch noch prüfen müssen die Zweckmäßigkeit von Wassertrassen und Anlagens der umwälzenden Vorgänge auf dem Gebiete der Technik. Die Kriegs- und Reparationslasten werden im Etatsjahr allein 3,3 Milliarden betragen. Die Lasten steigen sich weiter und ich erkenne diese Beträge in den nächsten Jahren werden aufbringen können. (Hört! Hört!)

Deutschland wird alles tun, um seine Verpflichtungen lokal zu erfüllen, aber man muß ihm dazu auch die wirtschaftliche Möglichkeit geben. Der Wirtschaftstrame ist daran zu, daß der Staat nicht der Bankier der Wirtschaft sein soll. Es gibt aber Kreise, die öffentlich sich gegen staatliche Subventionspolitik wenden und privat dafür eintreten. (Hört! Hört! — Rufe links: „Sagen Sie das Ihren Realisationsgenossen!“) Die Möglichkeit der Aufnahme neuer Anleihen findet ihre Grenze da, wo die Kreditwürdigkeit des Reiches gefährdet werden könnte.

Der Minister geht dann auf die einzelnen Etatspositionen ein. Am Schluß seiner Rede behandelte er den vorläufigen Finanzausgleich und erklärte dazu: Die reichsweite Finanzverwaltung, so wie sie in ihren Grundzügen von Erzberger geschaffen worden ist, habe ich auch in Zukunft für erforderlich gehalten. Aber unter ihrem schützenden Dach soll das Eigenleben der Länder voll entwickelt können. Der Finanzausgleich ist keine politische, sondern eine volkswirtschaftliche Angelegenheit. Der endgültige Finanzausgleich erfordert eine rationalisierte öffentliche Wirtschaft, die jetzt noch nicht besteht. Bei der jetzigen unruhigen Wirtschaftslage ist die Einkommensteuer noch nicht der geeignete Träger der Haushalte. Bei den umfangreichen Vorarbeiten, die notwendig sind, ist kaum damit zu rechnen, daß der Finanzausgleich am 1. April 1928 vorliegt werden kann.

Dem Finanzbedürfnis der Länder will die Reichsregierung durch Rechnung tragen, daß die Gesamtgarantie für die Waffenfaktoren von 21 auf 24 Milliarden erhöht wird. Auch die Anteile der süddeutschen Länder an der Steuer sollen neu geregelt werden.

Am Interesse des Reichs und der Länder, so schließt der Minister, ist eine gründliche Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung jetzt die dringendste Aufgabe. Die Zeit ist vorbei, in der der Reichsfinanzminister sagen und gelobend durch die Länder stehen konnte. Wir müssen uns jetzt um den Ausgleich sorgen. Ich werde mit allem Eifer an der Drosselung der Ausgaben arbeiten und rechte dabei auf die Unterstützung des Reichstags. (Beifall.)

Abg. Dr. Herz (Soz.):

Die Finanzpolitik des Jahres 1926 wollte durch Steuerermilderungen eine wesentliche Erleichterung der Wirtschaftslage erreichen. Die daran geknüpften Erwartungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Nach vorübergehender Besserung, hervorgerufen durch die Auswirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks und die Saisonflüsse, besteht die Rationalisierungskrise unermüdet weiter, vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Für die Unternehmerschaft ist allerdings mit Ausnahme kleiner Gruppen das Jahr 1926 ein Jahr wesentlicher Besserung geworden. Fast auf allen Gebieten hat es eine Steigerung der Umsätze, eine Verringerung der Produktionskosten und eine Steigerung der Gewinne gebracht. Unter dem Einfluß der Zoll- und Handelspolitik sind die Preise der Nahrungsmittel in die Höhe getrieben worden. In der Landwirtschaft ist die Rentabilität im allgemeinen wieder hergestellt. Noch günstiger ist die Entwicklung in der Industrie. Die Erzeugung ist über den bisherigen Höchststand hinausgewachsen. Der Produktionsindex wichtiger Grundstoffe zeigt von Januar bis Oktober eine Vermehrung der Produktion von 86,7 auf 108,2 an. Im Ruhrbergbau ist die Gesamtproduktion im Jahre 1926 um fast 8 Millionen Tonnen gestiegen, obwohl die Belegschaft um 30.000 Mann verringert worden ist. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Die Riesenbestände auf den Halben sind vollständig geräumt.

Auch die Lage auf dem Kapitalmarkt hat sich erheblich gebessert. Der letzte Bericht der Reichskreditgesellschaft sagt: „Zum erstenmal seit der Stabilisierung der Währung konnte wieder ein Ausgleich zwischen Kapitalnachfrage und Kapitalangebot hergestellt werden.“ Die Zinssätze sind auf allen Gebieten gesunken, bei langfristigen Krediten von 12 auf 7 Prozent, bei kurzfristigen Bankkrediten von 14 auf 9 Prozent. Der Reichsbankdiskont, der von 9 auf 5 Prozent zurückging, hat jetzt bereits den Stand der Bank von England erreicht. Das glänzendste Bild aber zeigt die Börse. Der Kurswert aller an der Berliner Börse gehandelten deutschen Aktien stieg in einem Jahre von rund 7 auf über 17 Milliarden. (Lebh. Hört! Hört! b. d. Soz.) Nach der Statistik der Commerz- und Privatbank ist der Anteil der Aktien, die einen Kurs von über 150 Prozent erreicht haben, im Jahre 1926 um 1,9 Prozent auf 38 Prozent gestiegen. (Hört! Hört! links.) Der Durchschnittskurs dieser Aktien von 69,7 auf 163,2 Prozent in die Höhe gegangen. Diese gewaltigen Spekulationsgewinne sind vor allem den Banken zugute gekommen, sie haben im vorigen Jahre etwa 40 Prozent ihres Aktienkapitals verdient, so daß die Commerz- und Privatbank selbst, 1926 ist das beste Jahr gewesen, das die Bank je erlebt habe. (Hört! Hört!)

Sogar an der Kollage der enteigneten Sparer hat die Spekulation große Gewinne gemacht. Die Käufer von Kartellpandbriefen haben dadurch Zwischengewinne erzielt, daß der Kurs von 5,5 auf 13 Prozent gestiegen ist. Die öffentlichen Lasten, insbesondere die Steuer, waren 1926 für die Großunternehmungen trotz höherer Umsätze wesentlich niedriger. Diese Feststellung ist um so wichtiger, als entgegen den Behauptungen der Unternehmerorganisationen die Steuern selbst im Jahre 1924 aus dem Ertrage und nicht aus der Substanz gezahlt werden konnten. Das ist auch in der Veröffentlichung des Kuratoriums für Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen bestätigt worden.

Ich komme zu folgender Schlussfolgerung: Auf allen Gebieten hat sich die Lage der selbständigen Unternehmungen wesentlich gebessert, die Masse des Volkes aber hat an dieser Steigerung des Wohlstandes keinen Anteil. Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft hat den Unternehmern alle Vorteile gebracht, der Gesamtheit, und besonders der Arbeiterklasse, alle Nachteile und Lasten aufgebürdet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein kurzer Ueberblick über die wichtigsten sozialen Tatsachen läßt das klar erkennen. Nach der amtlichen Lohnstatistik ist 1926 der Durchschnittslohn der gelernten Arbeiter von 45,98 auf 46,36, der der ungelernten Arbeiter von 33,92 auf 34,44 Mark gestiegen. Durch die Senkung der überbetrieblichen Löhne ist diese Lohnsteigerung aber noch geringer gewesen. In der gleichen Zeit stieg jedoch der amtliche Lebenshaltungsindeks von 139,8 auf 144,6, obwohl die Leistungen der Arbeitstätigen wesentlich gestiegen sind. Um so verwerflicher ist der Widerstand der Unternehmer gegen die Wiederherstellung des Achtstundentages und der von ihnen ausgeübte Zwang zur Leistung von Ueberstunden. Aus den Ueberstunden ziehen die Unternehmer erhebliche Sondergewinne. Die dadurch arbeitslos werdenden Kräfte aber müssen von der Allgemeinheit unterhalten werden. Nach der Erhebung des Reichsarbeitsministeriums über die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben waren im Oktober 1926: 52,97 Prozent der Arbeiter an der Ueberarbeit beteiligt. Nach einer Statistik des Deutschen Legalarbeiterverbandes sind in der Woche vom 12. bis 18. Dezember von 413.378 Arbeitern 2.118.609 Ueberstunden geleistet worden. Bei achtstündiger Arbeitszeit hätte man 440.090 Arbeitskräfte mehr beschäftigen müssen. Es ist daher kein Wunder, daß die Erwerbslosigkeit dauernd unermindert hoch bleibt. Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen ist am 1. Januar 1927 mit 1 1/2 Millionen um 250.000 höher gewesen als in der gleichen Zeit des vorigen Jahres. Inzwischen ist sie noch weiter gestiegen, sie betrug am 1. Februar d. Js. 2.030.702. Nach bedenklicher ist die Tatsache, daß die Dauer der Erwerbslosigkeit zunimmt. Vom 15. Januar 1926 bis zum 15. November 1926 ist der Anteil der Erwerbslosen, die länger als 26 Wochen arbeitslos waren, von 3 auf 40 Prozent der Gesamtzahl gestiegen. Die Zahl der Ausgeschiedenen sank von 26.000 am 15. Oktober 1926 auf 137.000 am 15. Januar 1927 und steigt noch weiter. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Soz.) Gegenüber den Steuerermäßigungsplänen des früheren Reichsfinanzministers Reichsolds hat die Sozialdemokratie stets den Standpunkt vertreten, daß eine Senkung der Steuern ohne gleichzeitige Herbeiführung freier Konkurrenzverhältnisse, ohne den Abbau der Zölle und ohne die Kontrolle der Kartelle nicht zur Gesundung der Wirtschaft führt, sondern nur zur Erhöhung des Kapitalgewinns. Dieser Standpunkt hat sich als richtig erwiesen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Redner stellt die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kapitalismus (sachere Finanzpolitik zur Senkung der Massenarbeitslosigkeit) entgegen und sagt:

Die Sozialdemokratie will keine Fehlzurückführungs- politik, die nur zur Begünstigung politisch einflussreicher kapitalistischer Schichten führt, wir wollen aber ebenmäßig eine deflationistische Politik, die das Reich den kapitalistischen Wirtschaftsmächten ausliefern würde. Noch weniger wollen wir eine Pumpwirtschaft, die die Verantwortung für die Zukunft überläßt. Die Lasten der Gegenwart müssen von der Gegenwart getragen werden und zwar durch eine Steuerpolitik, die die geringen Arbeitseinkommen und den Massenverbrauch weitgehend schont, dafür aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Volkes heilt. (Sehr gut! bei den Soz.) Eine Senkung der Steuern ist nicht möglich, ohne gleichzeitigen Abbau der Ausgaben. Dieser Abbau wurde im vorigen Jahre angefangen, aber nicht durchgeführt. Die Ausgaben des Haushalts sind im Gegensatz von 7,1 Milliarden nach dem Beschlusse auf 8,5 Milliarden gestiegen. (Hört! Hört!) Man hat dem Reichstag vorgeworfen, es sei ein Verschwendung. Dieser Vorwurf ist in höherem Maße nicht berechtigt. Die Mehrausgaben im Jahre 1924 von 1,8 Milliarden — darunter die Kruppstilbilanzungen — sind von der Regierung und nicht vom Reichstag ver-

genommen worden. Zutreffend sind die Fälle, in denen die Reichsregierung Ausgaben ohne Genehmigung des Parlaments leistet. Die Ineffizienz des Geldes wird von der Regierung gefördert. Die meisten Mehrausgaben im vorigen Jahre gehen auf den Vorstoß der Reichsregierung zurück. Soweit die Vorwürfe gegen den Reichstag berechtigt sind, treffen sie die rechts von uns stehenden Parteien. Um bewilligungsfähiger zu werden, haben immer die Parteien, die bewilligungsfähiger über Beschneidung schimpfen und nach Sparmaßnahmen rufen. Während auf der Landwirtschaftswirtschaft wiederum von Sparmaßnahmen geredet wurde, haben hier die Parteien dieser Redner 100 Millionen für landwirtschaftliche Kredite gefordert. Aber meist (Hört!) mit Zustimmung der bürgerlichen Parteien, aber meist im Gegensatz zur Sozialdemokratie, sind 1926 bis 1928 rund 400 Millionen Mark an Garantien für Unternehmungen übernommen und 350 Millionen für Kredite und Subventionen ausgegeben worden. Der neue Reichsfinanzminister hat anerkannt, daß auf Veranlassung der Sozialdemokratie dem ein Ende gemacht würde.

Die Lage der Reichsfinanzen wird 1927 schwieriger sein als 1926. Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung ist deshalb absolut notwendig. Wir unterstützen alle Maßnahmen, um die wichtigsten Aufgaben von Reich, Ländern und Gemeinden zerkümmert und blickiger als jetzt zu erledigen. Über der größte Teil der Reichsausgaben wird durch solche Reformen nicht berührt. 5,4 Milliarden entfallen auf die Ueberwälzung an Länder und Gemeinden, auf Reparationen, auf innere Kriegskosten und Verwaltungsgebühren, sie stehen also seit 1918 für 3,1 Milliarden entfallen auf die Verwaltung des Reichs sowie für Heer und Marine. Die Verordnungsgebühren beanspruchen allein 1465 Millionen. Auch an dieser Summe wird sich wenig einsparen lassen, da neun Zehntel dieses Betrages für die Renten der Kriegsoffiziere erforderlich sind, die ohnedies kaum ausreichten. Daß aber die Republik an 2000 hohe Militärs und Beamte Pensionen in Höhe von 20 Millionen gewährt, hat in weiten Kreisen des Volkes mit Recht lebhaften Entrüstung hervorgerufen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Denn unter ihnen befinden sich nicht nur zahlreiche Gegner der Republik, viele von ihnen verfügen auch über große Reineinkommen und können daher leicht eine Begrenzung ihrer Pensionen ertragen. Die Sozialdemokratie wird zu diesem Zwecke einen Gesetzesentwurf einbringen, falls nicht die Reichsregierung von selbst die Initiative ergreift. Jeder Eingriff in die Ausgaben muß sich konzentrieren auf die 700 Millionen Heer- und Marineetat, 600 Millionen Verwaltungsunkosten des Reichs und etwa 1,8 Milliarden sonstiger Reichsausgaben. Bei den Verwaltungsunkosten und sonstigen Ausgaben Ausgaben des Reichs lassen sich erhebliche Ersparnisse von heute auf morgen nicht erreichen. In erheblichem Umfang geht das nur bei den Ausgaben für Heer und Marine und zwar bei voller Aufrechterhaltung der Schlagfertigkeit der Reichswehr.

Der Etat von Reichswehr und Marine

Ist aufgestellt, als ob wir das reichste Volk der Welt wären, als ob wir im Ueberflusse lebten und nirgends Not und Elend bespüren müßten. (Sehr wahr! bei den Soz.) In der Höhe der tatsächlichen Verwaltungsunkosten marschiert der Ueberetat an der Spitze aller Verwaltungen, in der Höhe der persönlichen Ausgaben wird er nur von der Reichsverwaltung übertroffen. Die Gesamtausgaben betragen 1927: 707 Millionen, sie sind seit 1924 von 456 Millionen, also um 250 Millionen, gestiegen. (Lebh. Hört! Hört!) Die höchste Steigerung der Ausgaben hat sich bei der Marine vollzogen, nämlich bei den fortdauernden Ausgaben um 68 Prozent, die einmaligen Ausgaben sind um 37,5 Prozent erhöht. (Lebh. Hört! Hört!) Trotzdem die Lonnagen der Marine jetzt höchstens ein Zehntel der Friedenslonnagen beträgt, sind die Ausgaben für die Marineleitung von 2,8 Millionen im Jahre 1919 auf 8,8 Millionen im Jahre 1927 gestiegen. Von Sommeranfangen ist berechnet worden, daß für die jetzige Flotte im Höchstfall erforderlich sind 2 Admirale, 7 Kapitäne zur See und 9 Korvettenkapitäne. Wir haben aber 12 Admirale und 147 Kapitäne, jeder vierte Seesoffizier ist Admiral oder Kapitän. (Lebh. Hört! Hört!) Bei der Reichswehr ist besonders auffällig die ungeheure Ausgabe für Waffen, Munition und Heeresgerät. Die fortdauernden und einmaligen Ausgaben für diesen Zweck belaufen sich auf rund 90 Millionen. Die entsprechenden Ausgaben für 1912 betragen ohne Sager nur 80 Millionen. (Hört! Hört!) Die höheren Ausgaben werden mit den erheblichen Preissteigerungen begründet. Nach der offiziellen Preisliste des Reichswehrministeriums sollen die Preise folgendermaßen gestiegen sein: ein Gewehr von 65 auf 200 Mk., eine Pistole von 50 auf 150 Mk., ein Maschinengewehr von 1650 Mk. auf 8800 Mk., ein Feldkanonenschuß von 32 auf 108 Mk., eine 15 Zentimeter-Granate von 130 auf 533 Mk. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Ob diese Preise Himmel, mah man bezweifeln, nachdem sich bei dem Gewehrpreis herausgestellt hat, daß das Reichswehrministerium dem Reichskassierer falsche Angaben gemacht hat und der Preis statt 200 nur 166 Mark beträgt. (Hört! Hört!) Selbstverständlich ist die Sozialdemokratie bereit, die für das geistige und körperliche Wohl der Reichswehrangehörigen erforderlichen Mittel zu bewilligen. Trotzdem wird man nach meiner Auffassung sicherlich an 150 Millionen Mark am Reichswehretat sparen können, ohne die militärische Schlagfertigkeit zu beeinträchtigen.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margarete Cole.
Autentifizierte Uebersetzung von Kathilde Wertheimer.

Blattie war höflich und ließ ihn einige Zeit reden. Dann fragte er den Rechtsanwalt nach seinem Anliegen.

„Sie wissen“, fuhr Franklin fort, „daß ich Kabletts Rechtsvertreter bin. Er hat mir die Führung aller seiner Angelegenheiten übertragen.“

Blattie entgegnete, daß ihm diese Aufgabe bekannt sei. Franklin kam daraufhin mit unnötigem Aufwand von Höflichkeit, wie es Blattie schien, auf sein Anliegen zu sprechen. Er wünschte nämlich die Erlaubnis zu erhalten, jene im Kabletts Zimmer gefundenen Papiere durchgehen zu dürfen, um sich einen Ueberblick zu verschaffen, ob irgendwelche wichtige Dokumente fehlten. Kablett hätte ihm eine Aufstellung der wichtigsten Papiere übergeben.

Wenn Sie mir diese Papiere überlassen wollen, werde ich sie sorgfältig mit den Schriftkassen kollationieren“, entgegnete ihm Blattie. Franklin gab zu verstehen, daß er es für besser halte, die Papiere selbst durchzugehen.

Blattie überlegte. Er und für sich konnte er keinen Einwand gegen den vorgebrachten Wunsch finden. Zumindest würde er keinen einwenden, wenn nicht irgend etwas in Franklins Benehmen sein Mißtrauen erregt und er sich nicht erinnert hätte, daß der Rechtsanwalt mit Lord Galling in Beziehung stand. Dies aber reichte nach den Entdeckungen, von denen berichtet worden ist, vollkommen hin, ihn mißtraulich zu machen. Er antwortete daher nachsichtig, daß er Oberinspektor Willsons Erlaubnis einholen müsse.

„Ist dies unbedingt notwendig?“ „Natürlich, wenn Sie es für nötig halten. Aber sicherlich kann ich Ihnen auf diese Weise von Nutzen sein.“

Blattie widerholte, daß er Willson fragen müsse. Er hätte aber zu dem Zwecke in das Büro des Oberinspektors gehen müssen, um ihn zu fragen, und Franklin hatte es geradezu darauf angelegt. Aber das wäre gleichbedeutend damit gewesen, Franklin mit den Papieren allein zu lassen. Er beachtete daher das Haus-telefon und legte seinem Chef, daß Mr. Franklin sich bei ihm befinde und ersuche, Kabletts Papiere durchgehen zu dürfen, um nach fehlenden Dokumenten zu suchen. Er erkannte an Willsons Stimme, daß ihn die Nachricht interessiere. Der Oberinspektor

Kein Etat ist so unübersichtlich und behäbiger wie der von Heer und Marine. Mehr als die Hälfte der tatsächlichen Ausgaben ist übertragbar, was heißt, sie müssen nicht im gleichen Jahre verausgabt werden. Das ist deshalb so gefährlich, weil es die Bildung schwarzer Kassen begünstigt. Und das ist auch beim Reichswehrministerium geschehen. Wie wäre es auch sonst möglich, daß von diesem Ministerium Ausgaben gemacht worden sind, die vom Reichstag niemals bewilligt wurden. Ich stelle fest, daß bis zum Anfang Dezember 1926 bei der Depositenkassa der Reichswehr Markt der Darmstädter und Nationalbank der Leiter der Waffen- und Munitionsabteilung des Reichswehrministeriums Oberst Buchholz ein Konto gehabt hat, auf das seit 1 1/2 Jahren der gleiche Betrag bei der Reichswehr beschlagnahmte Ministerialamtmann Spangenberg alle 14 Tage 1 1/2 bis 2 Millionen Mark in Bar eingezahlt hat. (Hört! Hört!) Auch die Ausgaben sind über dieses Konto gegangen. Die Art und Weise, wie man sich dabei benommen hat und wie die Konten plötzlich gelöscht worden sind, als die Erörterungen darüber begannen, ist aufs höchste verdächtig. Es ist bis heute auf alle unsere Anfragen keine klare Antwort gekommen, woher die 35 Millionen jährlich dorthin kamen, die hier eingezahlt wurden. Das ist ein unerträglicher Zustand, dem endlich ein Ende gemacht werden muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge sind in der Annahme, daß die Verankerung am 1. April d. Js. in Kraft tritt mit 200 Millionen angelegt. Da das noch zweifelhaft ist, erheben wir den Reichszuschuß von 15 Millionen für die Uebergangszeit und 100 Millionen für die Krisenunterstützung als zu niedrig. Die Erhöhung dieser Beträge muß durch ordentliche Einnahmen und nicht auf dem Anleiheweg gedeckt werden. Dringlich ist die endgültige Regelung des Aufwertungsproblems. Von der Deutschen nationalen Fraktion liegt ein Antrag nach einem Reichsgesetz für Rentner vor. Das Reichsarbeitsministerium hat die Kosten für die Erfüllung dieses Antrages bei einer jährlichen Mindestrente von 750 Mark auf 400 Millionen Mark jährlich beziffert. Es ist wohl selbstverständlich, daß ein Kabinett unter der ausschlaggebenden Führung von vier deutschnationalen Ministern sich diesem Antrag nicht widersetzen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Entscheidend für die Entwicklung der Reichsfinanzen ist die Entwicklung der Einnahmen. Sie hängt nicht nur ab von der Steuererhebung, sondern gerade gegenwärtig viel mehr von der Steuerverwaltung. Massensteuern sind unabhängig von der Veranlagung, sie fließen automatisch. Beteiligte aber sind zum Teil von dem ordnungsgemäßen Funktionieren des Verwaltungsapparates abhängig. Die gewaltige Ueberlastung der Finanzämter hat vielfach die Kleinen benachteiligt, dagegen die Großen begünstigt. Daß die Lasten im allgemeinen gegenwärtig höher sein müssen als im Frieden, kann nicht übersehen werden.

„Darüber kann kein Zweifel sein, daß der Steuerzettel des Reiches aus der Zeit des Friedens sich um ein Mehrfaches, um ein Vielfaches — ich glaube nicht zuviel zu sagen — mindestens um das Vier- bis Fünffache, vergrößert wird. Dadurch wird die Verlängerung des Steuerzittels der Einzelstaaten und der Gemeinden kommen, die nötig sein wird, um all die Schulden und Lasten abzulösen, die diesen Korporationen während des Krieges erwachsen sind.“

So sprach am 28. Februar 1917 hier im Reichstag in der Erwartung eines deutschen Sieges der Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp. (Lebh. Hört! Hört! bei den Soz.) Der größte Teil der deutschen Steuerlasten aber ruht auf den Massen des Volkes, auf Lohn- und Gehaltsempfängern, Mittelstand und Werkbetrieblenden. Die Massenbelastung, die 1924 65 Prozent betrug, ist 1924/25 auf 68 Prozent, 1925/26 auf 72 Prozent, 1926/27 auf 68 Prozent des Gesamtaufkommens gestiegen. Die Steuerentlastung der letzten Jahre ist nur dem Besten zugute gekommen. Die Steigerung des Ertrages der Zölle und Verbrauchssteuern bleibt unermindert hoch, dagegen ist die Reichsbelastung von 2.331 Millionen 1924/25 auf 1.700 Millionen 1926/27 gesunken. Der Ertrag der Zölle und Verbrauchssteuern übersteigt seit 1925 den Ertrag der ganzen Besteuerung. (Hört! Hört! bei den Soz.) Das ist vor allem die Folge der geringen Steuerleistung der Großlandwirtschaft. Nach Angaben des Staatssekretärs Popitz ist die Einkommensteuer der Landwirtschaft im Jahre 1925 unter 100 Millionen geblieben, im Jahre 1926 dürfte sie nicht darüber gestiegen sein. Im Jahre 1925 enden Gegenfakt zu der geringen Steuerleistung des Großgrundbesitzes steht dessen Lebenshaltung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei dem Reichsbewertungsgesetz hat der Reichslandbau geradezu eine Steuerabgabe organisiert. In zahllosen Fällen ist die Bewertung nicht nach den gesetzlichen Vorschriften, sondern nach den Leistungen des Landbesitzes erfolgt, und zwar bis zu 50 Prozent niedriger als vorgeschrieben. Die meisten Finanzämter haben sich dem Terror des Landbesitzes gefügt. Die Verschlebung zeigt also die wesentlichen Mängel, daß gesetzliche Eingriffe erforderlich sind. Die Besteuerung nach dem Verbrauch muß erleichtert, die Spekulationsgewinne müssen reiblos der Besteuerung unterworfen werden. Die Wiederherstellung der alten Säge der Börsensteuer und eine Reform der Erbschaftsteuer ist notwendig. Wie verhalten dagegen die Ermäßigung der Massenbelastung. Das umso eher möglich, als die bisher bestandene Schranke für die Verbrauchsbesteuerung gefallen ist. Der Reparationsagent hat in seinem letzten Bericht auf das Recht, Einspruch gegen Er-

riet jedoch, Franklin die Einsichtnahme in die Papiere zu gestatten, aber ein sehr wachames Auge während dieses Vorganges auf ihn zu haben.

Blattie meldete dem Anwalt, daß er die Papiere durchsehen könne und Franklin begann sogleich seine Tätigkeit. Blattie beobachtete ihn heimlich und gewann den bestimmten Eindruck, daß er nach irgend einem speziellen Schriftstück suche, da er die meisten Papiere nur flüchtig prüfte. Als er damit fertig war, hatte Blattie die Ueberzeugung gewonnen, daß er nicht gefunden hatte, was er suchte, denn er erkundigte sich eingehend, ob keinesfalls noch andere Papiere vorhanden wären.

Franklin versicherte überdies nachdrücklich, daß ihm nicht eines der von Kablett angeführten Dokumente zu fehlen scheine. „Obgleich das selbstredend“, fügte er hinzu, „kein Beweis dafür sein kann, daß keines abhanden gekommen ist. Ich sah hier viele Papiere, von denen ich keine Kenntnis hatte.“

Blattie dankte dem Anwalt für seine Bemühungen und machte sich in Gedanken eine Randbemerkung über den Eindruck, den er empfunden hatte. Er zog aus Franklins Besuch den Schluß, daß Lord Galling das, was er begehrte, nicht gefunden hatte, als er die Papiere im Hotel durchstöberte. Aber es blieb ihm nach wie vor rätselhaft, warum es sich handeln konnte. Über der Versicherung, daß er alles, was in seiner Macht stünde, tun würde, lehnte der Inspektor zu seiner unterbrochenen Lektüre von Kabletts Tagebuch zurück.

XI. Kapitel.

In welchem Hugh Kablett seine Lebensgeschichte erzählt und der Leser erfährt, daß selbst Polyzisten ein Herz haben.

„Eigentlich kann ich keinen Grund dafür angeben“, begann das Schriftstück, „wieso ich darauf komme, meine Lebensgeschichte zu Papier zu bringen. Mein Leben ist keines, an das man sich gerne erinnert. Wahrscheinlich werde ich es nur deshalb niederschreiben, weil ich nichts anderes zu tun habe und selbst die Erinnerung an Unglück besser ist als Vergessen. Ich habe natürlich auch glückliche Zeiten erlebt — sehr glückliche Zeiten sogar — aber mein Leben, als Ganzes betrachtet, war ein unheiliges von frühester Jugend an; ich erinnere mich noch deutlich daran, selbst in diesen Tagen, die ich neugierig in einem russischen Gefängnis zubringe. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß ich hier herbeikomme. Kablettin ist die Mehrzahl von uns Gefangenenen dahin immerhin ist Tod gelüftet und vielleicht gelingt es auch mir, obgleich es jetzt, seit diese Regierung fester im Sattel ist, nicht so schwierig geworden ist.“

(Fortsetzung folgt.)

die veränderten Einnahmen zu erhöhen, ausdrücklich... Wir haben dadurch unsere volle Selbständigkeit über...
Wir verlangen für Sicherung und Besserung der Lebenshaltung der Massen; ausreichende Erhöhung der Löhne und Renten, Begrenzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, Beseitigung des Überstundenunwesens...
Wir verlangen eine sozialere Verteilung der Steuerlasten durch Abbau der Massenbelastung und Erhöhung der Belastung des Vermögens...
Wir haben kein Vertrauen zu solchen Worten, aber wir fürchten häßliche Taten...
Herr Dr. Oberschöner (Dnat.) erinnert an eine der letzten Reden des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reinhold...
Dann wird die Wetterberatung auf Donnerstag vertagt.

Die Gewerbesteuer im Landtag.

In seiner Mittwoch-Sitzung bestätigte der Preussische Landtag die Beschlüsse des Hauptausschusses zur Unterstützung der Stadt Hannover aus Anlaß der Typhusepidemie...
Herr Jacobsen (Dnat.) nennt die Gewerbesteuer eine Sondersteuer, die das Gewerbe zwingt in ertagslosen Zeiten...
Herr Thiele-Waldenburg (Soz.) führte dazu aus, daß die Steuer nur ein Provisorium sei, das durch die vielen...
Herr Thiele-Waldenburg (Soz.) führte dazu aus, daß die Steuer nur ein Provisorium sei, das durch die vielen...
Herr Börges (Str.)...
Herr Dr. Neumann (D. Nat.)...
Herr Schmal-Berlin (Komm.)...
Herr Junz (Dom.)...
Herr Artelt-Welzer (Wirtsch. Bg.)...
Herr Dr. Neumann (D. Nat.)...
Herr Schmal-Berlin (Komm.)...
Herr Junz (Dom.)...
Herr Artelt-Welzer (Wirtsch. Bg.)...

Peinliche Erinnerungen für Herrn Marx.

bringt der offene Brief eines Arbeiters aus dem Landkreis Königsberg in der Neumark, der Heimat des Herrn v. Reubell an den Kandidat im „Vorwärts“. Dieser einfache Proletarier erinnert Marx daran, daß wegen der Abtunung für ihn als Reichspräsidentenkandidat viele Landarbeiter, darunter auch er selber, ihr Brot verloren hätten...
Man wird begierig sein dürfen, ob Herr Marx auf diesen Brief antwortet. Die Entwicklung der Dinge hat die damalige Haltung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gerechtfertigt...
Gehler im Bürgerblod erht recht gegen Reichswehr-Reform.

Gehler im Bürgerblod erht recht gegen Reichswehr-Reform.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages griff gestern Abg. Genosse Stücken den erhöhten Wehretat in ähnlicher Weise an, wie das im Plenum durch den Genossen Dr. Herx geschah. Seine Ausführungen veranlaßten auch den Abg. Erling (Str.) zu der Forderung nach genauer Prüfung des Etats und geschehlicher Regelung des Unerwiesenen...
aus dem Reiche.

aus dem Reiche.

Deutschnationale Arbeiteragitation wird zur Stützung des Bürgerblods recht verächtlich betreiben, in gerade die Rechte am besten erkennt, daß ohne die Stimmen dummer gemachter Proletarier sich ihr Kurs gegen die Volksmehrheit nicht halten läßt...
Schwarz-rot-goldene Fahnen und öffentliche Mittel. In einer kleinen Anfrage einiger deutschnationaler Abgeordneter des Preussischen Landtags wurde bemängelt, daß trotz des Verzichtes auf Anwendung von Zwangsmitteln, der angesprochen war, Landräte und Schulräte selbst oder durch ihnen unterstellte Beamte in zahlreichen Fällen den Beschluß des Schulvorstandes auf Nichtanschaffung der Reichsfahne mit der Drahung der Kürzung oder gar Entziehung der Ergänzungszuschüsse beantwortet haben...
Aus aller Welt.

Aus aller Welt.

Der Studentenausschuß auf der Anklagebank. Wegen Unterschlagungen in Höhe von fast 50000 Mark hatten sich am Mittwoch vor einem Berliner Schöffengericht fünf frühere Mitglieder des Studentenausschusses an der Universität Berlin zu verantworten. Der Hauptangeklagte ist der Student Wilhelm Lehmann, der sich seit einem Jahre in Unterhaltungschaft befindet...
Der bekannte Professor für Chirurgie an der Universität München, Sauerbruch, der besonders durch seine Lungenoperationen berühmt geworden ist, hat den an ihn ergangenen Ruf der Berliner Universität nunmehr endgültig angenommen. Trotz aller Veruche der bayrischen Regierung und der Stadt München hat sich der im 53. Lebensjahre stehende Gelehrte nicht in Bayern halten lassen...
Die Tragödie des Tenors. Der Wiener Tenor Grossescu, der am Dienstag abend von seiner Frau vor der Waise nach Berlin erschossen wurde, war seit dem Herbst 1926 an die Berliner Staatsoper verpfichtet. Der Sänger, der im 31. Lebensjahre stand, sollte ein halbes Jahr in Berlin, die andere Hälfte in Wien tätig sein...
600 Silber in der Sekunde. Nach Meldungen aus Paris hat dort ein Ingenieur M. Kagnas eine Hochfrequenzkamera konstruiert, die es ohne weiteres ermöglicht, Bilder in 1/600 Sekunde aufzunehmen...
Der polnische Staatspräsident Pilski begab sich gestern nach Warschau, dem Hauptort der Opposition gegen den gegenwärtigen Woiwoden Lutoski. Die rechtsstehenden Verbände verwelgerten jede Beteiligung an seinem Empfang.

Im Remonstrationsausschuß des Reichstages legte am Mittwoch der Abgeordnete Dr. Schaeffer-Schweidlich den Sachverhalt der Deutschnationalen zu dem Untersuchungsergebnis über die Münchener Einwohnerliste dar. Seine Ausführungen waren in der Hauptsache eine Wiederholung der Polemik gegen die Aussagen des Zeugen von Puffhammer, den er als Vater der ganzen Sache bezeichnete...
Die Kirchenaustritte in Sachsen betragen nach Mitteilungen in der Landesinspektion der sächsischen evangelischen Kirche im Jahre 1923 25 774, im Jahre 1924 22 740, im Jahre 1925 33 620, zusammen 82 035 in den drei Jahren. Demgegenüber steht nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Uebertritten in die Landeskirche, insgesamt in den drei Jahren 14 628.

Die Kirchenaustritte in Sachsen betragen nach Mitteilungen in der Landesinspektion der sächsischen evangelischen Kirche im Jahre 1923 25 774, im Jahre 1924 22 740, im Jahre 1925 33 620, zusammen 82 035 in den drei Jahren...
Gebührenhöhe des preussischen Gerichtskostengesetzes. Der Amliche Preussische Präsident teilt mit: Es wird alsbald ein Gehaltsentwurf ausgearbeitet und vorgelegt, durch den die Gebührensätze des preussischen Gerichtskostengesetzes, insbesondere die Gebührensätze für Eintragungen in das Handelsregister, in ein angemessenes Verhältnis zu den Gebührensätzen der Postgesetzgebung gebracht werden...

Paris, 16. Februar. (Drahtbericht.) Ein Kompromiß zwischen der deutschen und der französischen Regierung über eine kurze Verlängerung des Handelsprovisoriums ist nach mühevollen Verhandlungen in letzter Stunde zustande gekommen. Das Provisorium wird zunächst um einen Monat, so wie es ist, verlängert, mit der Möglichkeit einer weiteren Verlängerung um zwei Monate...
London, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der „Daily Herald“ vom Donnerstag veröffentlicht in großer Aufmachung dokumentarisch belegte Texte, aus denen die Zusammenarbeit zwischen reaktionären russischen Emigrantenorganisationen und einer Reihe von Führern der konservativen Partei Englands hervorgeht...
London, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der „Daily Herald“ vom Donnerstag veröffentlicht in großer Aufmachung dokumentarisch belegte Texte, aus denen die Zusammenarbeit zwischen reaktionären russischen Emigrantenorganisationen und einer Reihe von Führern der konservativen Partei Englands hervorgeht...
Der „Daily Herald“ fordert die Regierung dringend auf, sich zu diesen Dokumenten, durch die insbesondere der britische Innenminister kompromittiert sei, zu äußern.

Kurze Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums.

Paris, 16. Februar. (Drahtbericht.) Ein Kompromiß zwischen der deutschen und der französischen Regierung über eine kurze Verlängerung des Handelsprovisoriums ist nach mühevollen Verhandlungen in letzter Stunde zustande gekommen...
Die Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag sollen alsbald beginnen, und die Franzosen werden bei dieser Gelegenheit ihre Forderungen (Wein, junge Gemüse usw.) vorbringen. Sollten die deutschen Unterhändler auf diese Wünsche nicht eingehen können, dann haben die Franzosen das Recht, am 21. März das Provisorium zum 31. März zu kündigen...
Russische Weißgardisten und englische Konservative.

Russische Weißgardisten und englische Konservative.

London, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der „Daily Herald“ vom Donnerstag veröffentlicht in großer Aufmachung dokumentarisch belegte Texte, aus denen die Zusammenarbeit zwischen reaktionären russischen Emigrantenorganisationen und einer Reihe von Führern der konservativen Partei Englands hervorgeht...
Die Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag sollen alsbald beginnen, und die Franzosen werden bei dieser Gelegenheit ihre Forderungen (Wein, junge Gemüse usw.) vorbringen...

Wasserstand

	17. Februar.	
Regen	1,40	Ranien (Unter-Vogel) . . . 2,60
Wasserstand	-0,51	Dampfnachricht . . . 2,14
Wasserstand (Unter-Vogel)	1,55	Abflussmenge (unterhalb 180 chm)
Wasserstand (Mittelstrom)	2,58	Friedrichsberg v. 15. 2. . . 1,65
Tiefen	0,74	Waldwäme . . . + 1,0

Ruf der Berliner Universität nunmehr endgültig angenommen. Trotz aller Veruche der bayrischen Regierung und der Stadt München hat sich der im 53. Lebensjahre stehende Gelehrte nicht in Bayern halten lassen...
Die Tragödie des Tenors. Der Wiener Tenor Grossescu, der am Dienstag abend von seiner Frau vor der Waise nach Berlin erschossen wurde, war seit dem Herbst 1926 an die Berliner Staatsoper verpfichtet. Der Sänger, der im 31. Lebensjahre stand, sollte ein halbes Jahr in Berlin, die andere Hälfte in Wien tätig sein...
600 Silber in der Sekunde. Nach Meldungen aus Paris hat dort ein Ingenieur M. Kagnas eine Hochfrequenzkamera konstruiert, die es ohne weiteres ermöglicht, Bilder in 1/600 Sekunde aufzunehmen...
Der polnische Staatspräsident Pilski begab sich gestern nach Warschau, dem Hauptort der Opposition gegen den gegenwärtigen Woiwoden Lutoski. Die rechtsstehenden Verbände verwelgerten jede Beteiligung an seinem Empfang.

Bekanntmachung.

Nach Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung der Verordnung über Erwerbslosen-Versicherung vom 10. Dezember 1926 hat die Gem. aus Mitteln der Erwerbslosen-Versicherung für die Invaliden-, Angestellten- und knappschaftliche Rentenversicherung der Erwerbslosen die Beiträge (Anerkennungsgebühren) zu entrichten, die zur

Erhaltung der Anwartschaft

wichtig sind.
Die Anwartschaft in der Angestelltenversicherung nach § 54 des Angestelltenversicherungsgesetzes vom 28. Mai 1924, dem nach dem Kalenderjahr, in dem der erste Beitragsmonat zurückgelegt worden ist, innerhalb der zunächst folgenden 10 Kalenderjahre weniger als 10 und nach dieser Zeit weniger als vier Beitragsmonate während eines Kalenderjahres zurückgelegt worden sind.

Als Beitragsmonate für die Erhaltung der Anwartschaft rechnen ohne weitere Beitragsleistung die Kalendermonate, in denen der Versicherte durch Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich in seiner Berufstätigkeit verhindert ist und kein Entgelt erhält.

Als Beitragszeit gelten auch die Wochen, für die Beiträge in der Invalidenversicherung entrichtet sind. Dabei werden je vier Beitragswochen der Invalidenversicherung als ein Beitragsmonat der Angestelltenversicherung gerechnet. Dies gilt nicht für solche Beitragswochen der Invalidenversicherung, die mit den in der Angestelltenversicherung zurückgelegten Beitragsmonaten voll zusammenfallen.

Nach § 55 des Angestelltenversicherungsgesetzes lebt die Anwartschaft wieder auf, wenn die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft noch erforderlichen freiwilligen Beiträge innerhalb der zwei Kalenderjahre nachentrichtet werden, die dem Kalenderjahre der Fälligkeit der Beiträge folgen.

Die Anwartschaft in der Invalidenversicherung erlischt nach § 1280 der Reichsversicherungsordnung, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungsarte verzeichneten Ausstellungsdate weniger als 20 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung nachentrichtet worden sind.

Als Wochenbeiträge im Sinne des § 1280 zählen auch Krankheitszeiten, sowie Zeiten, in denen Beiträge zur Angestelltenversicherung entrichtet sind, soweit die Zeiten nicht durch Beitragswochen zur Invalidenversicherung gebildet sind.

Ferner zählen als Wochenbeiträge die in der freiwilligen Krankenpflege bei der deutschen Wehrmacht oder einer dem Deutschen Reich verbundenen oder befreundeten Macht zurückgelegten Dienstzeiten und Zeiten, während deren Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung oder Rente gemäß § 1281 Abs. 3 bezogen wird.

Empfänger von Erwerbslosen- oder Krüppelunterstützung (mit grauer, grüner oder orangefarbener Abkempfungskarte), deren Anwartschaft in der Angestellten- oder Invalidenversicherung hiernach zu erlöschen droht, haben im Magistratsbüro XXI, A. N. (Krankeneinstellungsabteilung), Sternstraße 6, im 2. Stock, Zimmer 22, Antrag auf Nachentrichtung der Beiträge zu stellen, wo auch in zweifelhafte Fällen Auskunft in den Dienststunden von 8 bis 2 Uhr erteilt wird.

Bei Stellung des Antrages sind vorzulegen die zuletzt ausgestellte Quittungsarte, die Bescheinigungen über abgelieferte Quittungsarten, Krankheitsbescheinigungen und sonstige Bescheinigungen über anrechnungsfähige Zeiten.

In der Angestelltenversicherung werden zur Erhaltung der Anwartschaft vorläufig die Beiträge für die Jahre 1925 und 1926 nachentrichtet, aber nur für Erwerbslose, die in den beiden Jahren Erwerbslosenunterstützung bezogen haben oder noch beziehen.

Anträge auf Nachentrichtung von Beiträgen zur Invalidenversicherung werden meistens zwei Wochen vor dem Tage entgegengenommen, an dem die Quittungsarte infolge Zeitablaufs zum Umtausch vorgelegt werden muß. Erwerbslose, die Unterstützung aus Mitteln der Wohlfahrtspflege (rote Karte) erhalten, haben sich wegen Erhaltung der Anwartschaft in der Angestellten- und Invalidenversicherung an die zuständige Stelle des Wohlfahrtsamts — Magistratsbüro Ia, Ew., zu wenden.

Breslau, den 10. Februar 1927.

Der Vorsitzende des öffentlichen Wohlfahrtsamtes.



Wir alle schwören auf

die gute „Blauband-Margarine“, weil wir sie gründlich versucht und erkannt haben, dass es für Küche und Haus — zum Backen, Braten, Kochen und aufs Brot — nichts Feineres und Wohlgeschmeckenderes gibt als sie.

1/2 Pfl. 50 Pfennig



Verlangen Sie beim Kauf die beliebte „Blauband-Woche“



Stadttheater
Donnerstag 8 Uhr:
Uraufführung
Ganneles
Simmelfahrt.
Freitag 8 Uhr:
D. Wagn. Vorstellung
Serie C
Der Troubadour
Sonntag 8 Uhr:
Singspiel der
japan. Opern Sängern
Jovita Fuenics
Madame Dallerly

Liebig-Theater
Telefon: Stephan 34646
Täglich 8 Uhr:
Internation Variete!
Billige Eintrittspreise
von 50 Pfennigen an
Jeden Sonntag,
nachm. 3 1/2 Uhr:
6522 Familien- und
Kinder-Vorstellung.
Das volle Programm
zu ermäßigten Preisen

Fahrräder
6566 auf
Teilzahlung
Kerron- u. Dam.-Räder
Renn-Maschinen
Anzahlung 10.—
wöchentlich 5.—
ohne jede Zinsberechnung
Sämtliche Ersatzteile vorrätig
Lombard- u. Kreditbaza
Karlstr. 39 — Schulplatz 7
Portal 4, 1

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 3530.
Täglich 8 Uhr:
Der große Heiterkeitserfolg!
**„In der
Johannisnacht“**
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr.
„Cady Hamilton“

Jedem ein Fahrrad
Abzahlung ganz nach Wunsch.
Große Auswahl von 60 Mk. an. Zubehör gratis.
R. Mühle & Sohn
Lauenburgerstraße 55, Nähe Laidenstraße.

Berufskleidung
Spezialität für **Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Steinsetzer, Bierfahrer, Monteur usw.**
Pa. Sammet-, engl. Leder-, Manchester-
Pilet-, Latz- und Schnitt-
Hosen
nach Maß, ohne Preisaufschlag.
Waldjackets + Hemden + Unterhosen



V. Liepelt, Breslau
Friesenplatz Nr. 2, früher Oelsnersstraße.

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Donnerstag, Freitag,
abends 8 Uhr:
Bouaparte.
Thalia-Theater
Tel. Ring 6720
Donnerstag, Freitag,
abends 8 Uhr:
Ollavotrida
Vorher:
**Winnie
Magdalena**

Damentonfektion
Kleider, Röcke, Blusen, Kostüms
in allen Ausführungen, mit sorgfältiger Verarbeitung
gegen bequeme Teilzahlung.
Besuchen Sie kostenlos Vertreterbesuch!
Millic, Lauenburgerstraße 51,
früher Weidenstraße.

**ELSA
BUCH**
Verlagsbuchh.
**Taschen- u. Lese-
bücher**
Reinhold Böhm
Lange Straße 15
Tel. Ring 15

Schauwaschen
mit den neuesten Krauss-
Waschgeräten u. Maschinen
Freitag, den 18. Februar
12 1/2 bis 6 Uhr und abends
von 8 Uhr an im
Habitusmenal Eudergarten
Eudergartenstraße 12/16
Eintritt frei und unverbindlich.
Fritz Scholz, Eisenwaren-Handlung
Niederschloßstraße 51/53.

Alle Wege führen
bringen Sie zu uns, der anerkannt billigen,
erstklassigen Bezugsquelle für Haus- und
Küchengeräte, Stahlwaren. Wir
führen
aus unserer Riesenauswahl als besonders
preiswert an:
Wasserkannen, 6 Ltr., emailliert 0.95
Wassereimer, 28 cm 0.95
Maschinenplatte, 1a emailliert, 5 teilig 3.95
Salztrichter, vernickelt 0.25
3 Aluminium-Eßlöfel 0.25
3 Kleiderbügel 0.25
Portierentlang, vernickelt 1.80
dts., rein Messing mit Zubehör 3.45
Gaskocher, 2flammig 12.85
Zuckerschaukel, Alpaka 0.95
Zinkwanne, mit Ablauf, 75 cm 10.75
Volksbadewannen 16.50
Siedlungsherde Kaiserl günstig!
auf
alle anderen Waren billigste Preise.
Darum kommen Sie in die
**Eisenhandlung Zentrum
die Oder**
auf
straße 3 6557

Gasstätte „Zur Andersen-Ede“
Steinwäcker Straße 2.
Jeden Freitag, Sonnabend und Sonntag:
Musikalische Unterhaltung.
Angenehmes Familien-Café. Günstigste
Biere und Getränke. Raite und m. me Küche
3 S. Lud. Fallin.
6582

Bohnengen

Wohnung mit Haus-
berechtigung
im Zentrum gegen Wohnung
ohne Berechtigung zu tauschen.
Offert. unt. 45 an Volkswohlfahrt-
buchhandlung, K. Graupenstr. 5

Arbeitsmarkt

Schneider
auf Hosen wollen sich mit
Probearb u. Ausmaß messen.
Süssmann & Weß
Karlsplatz 3. 489

Saub. Holennäherin
sucht **Steinmetz,**
Lauenburgerstraße 145, 2. St.

**Süße
fräftiges
Laufmädchen**
nicht unter 17 Jahren.
Poralla
Kammgarn, Ia. Genstr. 3/5.

Holennäherin
sucht **Labande**
Wienstraße 65, part. 1.

Ein schöner Mantel aus der
Damen-Mantel-Fabrik
ist infolge Eigenfabrikation unerreicht billig
Groß-Verkaufstage
auf
**Winter-
sachen** **30%**
A. M. Richter 22 in
Lange Straße, 1. u. 2. Stock

Wohl & Alexander

Masken
Theater-Redouten-Kostüme
nach ordnungsgemäßer
verleiht billig großtes Spezialhaus
H. Wiersing
Hessensstraße 59
Telefon Oble 226

Buchhandlung Volkswacht Modernes
Breslau 3 Neue Graupenstr. 5 Antiquariat

A. Nicklaus, Breslau V
Fernsprecher Oble 3566 : Gräbchenstr. 33
**Eigene Fabrikation von Bürsten,
Besen und Pinseln aller Art**
Scheuertücher, Fußmatten, Abstäuber
Teppichklopper, Wäschelinen, Bind-
fäden, Gurte, Stricke, Seife, Kämmen,
Schwämme und Fensterleder.
Anfertigung und Reparatur sämtl. Bürsten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 17. Februar.

Breslau im Film.

Im Deli-Theater wurde gestern vor geladenem Publikum ein Werbefilm der Stadt Breslau gezeigt, der zugleich auch die weitere Umgebung umfaßt. Er ist im Auftrag des Schlesischen Verkehrsverbandes und des Verkehrsamtes der Stadt Breslau hergestellt worden, und wird in 400 bis 500 deutschen Lichtspieltheatern gezeigt werden.

Auch mit der Auswahl der Bilder sind wir durchaus nicht so sehr einverstanden. Historisches wollte man zeigen, und auch modernes. Aber neben dem Historischen kam das Moderne zu kurz. Und welchen Zweck hatte es wohl, das Breslauer Körnerdenkmal zu zeigen? Welche Werbekraft soll denn von ihm ausgehen? Und schließlich das Denkmal von Leuthen, soll das auch Fremde nach Breslau und Schlesien heranziehen? Wer besucht die Filmtheater? Das sind die breiten Volksmassen. Hatte man z. B. nicht durch Passalles Geburtshaus oder durch seine Kuhställe hunderttausenden in Deutschland etwas gehören, ihr lebendiges Interesse auf Breslau hingelenkt? Welche Vorstellung mögen sich die Werber für Breslau und Schlesien überhaupt vom lebendigen Interesse der deutschen Bevölkerung an den Freiheitskriegen und den Kriegen des 19ten Jahrhunderts machen? Wer vom reisbedürftigen Publikum interessiert sich ausgerechnet dafür? Deshalb, wenn man an die Herstellung weiterer Werbefilme denkt, dann berücksichtige man die lebende Wirklichkeit stärker. Industrie, Verkehr, modernes Denken, bietet nicht Breslau neben seinen alten schönen Bauten auch davon eine so reiche Fülle, daß man nur zupacken braucht? Um mit wirklichem Erfolge zu werben!

Hinter den Kulissen der Lotterie.

Vom Hauptausgang für Arbeiterwohlfahrt wird uns geschrieben: In der Lotterie gewinnen ist nicht schwer -- jeder, der ein Los hat, hat eine Chance -- schwerer schon ist es, eine Lotterie bis zur Ziehung glatt und pünktlich abzuwickeln, am aller-schwierigsten aber gestaltet sich gewiß die Ausgabe von 165 302 verschiedenen Gewinnern. So wenig sich voraussagen läßt, wer den Haupttreffer haben wird, so wenig auch, wer überhaupt einen Treffer haben wird, das heißt wohin bei einer über ganz Deutschland reichenden Lotterie die Gewinne fallen, und keinerlei Möglichkeit gibt es, vorauszuwissen, was die verschiedenen Gewinner in den verschiedenen Teilen Deutschlands für verschiedene Wünsche äußern, das heißt, welche Auswahl sie innerhalb der Seriengewinne treffen werden.

Mit all diesen Schwierigkeiten hatte die Lotterieleitung schon gerechnet und in der Gewinnliste, auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen bei der Verteilung aufmerksam gemacht. Aber was ist begreiflicher, lieber Gewinner, als daß Du in Deiner ersten Freude über einen Dir zufallenden Trostpreis nur das Dir Wichtigste nach festzustellen hast: Du hast geschwind unter den 28 zur Auswahl stehenden Dingen Deine Wahl getroffen, sein sanftberührend -- manchmal allerdings auch recht unteuerlich -- Deine Adresse und Losnummer aufgeschrieben, vorchriftsmäßig Los und Marken beigefügt und erwartest nun tagtäglich mit jeder Post Dein so lang ersehntes Taschenmesser, den so dringlich benötigten Rasierapparat oder was sonst Du erforscht haben magst, und bist jedesmal, wenn Du leer ausgehst, enttäuscht, ja schon ein wenig oder sogar sehr ärgerlich auf uns. Ob Du wohl ein klein wenig geduldiger wärest, wenn Du in der Lotterieliste unserer Hinweis geleitet hättest, daß, wegen der Häufungen der Gewinnanforderungen in den ersten Wochen die Gewinner mit etwaigen kleinen Verzögerungen in der Gewinnausgabe rechnen müssen?

Weil Du, lieber ungeduldiger Gewinner, Dir aber kein richtiges Bild von den „Häufungen“ machen kannst und immer noch ein wenig an unserem guten Willen, Dir Deinen Wunsch schnell zu erfüllen, zweifelst, will ich Dich jetzt ein wenig hinter die Kulissen der Lotterie sehen lassen, in der Hoffnung, daß mit dieser „Einsicht“ Du zu der von uns so gewünschten Einsicht kommen magst: es geschieht alles, Deinen Wunsch so weitgehend und so schnell wie möglich zu erfüllen, nur gibt es dabei allerlei Schwierigkeiten und Hindernisse, die das Tempo mitbestimmen.

Davon also will ich Dir jetzt erzählen: einen gewaltigen Ansturm gab es zum Beispiel auf die Solinger Stahlwaren auf all die praktischen Gebrauchsgegenstände, Bestecke, Taschenmesser, Säheren usw., die, das ist uns durchaus verständlich, den meisten unserer Gewinner in diesen schweren Zeiten am begehrtesten erschienen. Schon wenige Tage nach Ausgabe der Gewinnlisten waren denn die Solinger Stahlwaren „ausgewünscht“ und die täglich noch eintreffenden Briefe -- bis jetzt etwa 80 000 -- mußten an andere Ausgabebestellen weitergeleitet werden, was wiederum eine genaue Listenaufstellung Kontrolle der Lose, Weitergabe der beigegebenen Freimarkten usw. erfordert. Denke doch: 80 000 Briefe -- und manche davon wahre Kreuzworträtsel, bei denen oft drei Mann nicht Namen und Wohnort entziffern können.

Darum, lieber Gewinner, wenn Du nun einige Tage noch warten mußt, wenn Du statt des gewünschten Messers ein gutes Buch erhältst, tröste Dich auch mit diesem Trostpreis und denk an die, die ganz leer ausgingen!

Kommunalpolitischer Kursus.

Der zweite Kursusabend muß Sonnabend, den 19. Februar, wegen dringender Behinderung des Referenten, Genossen Stadtrat Tisch, ausfallen. Am 26. Februar ab beginnen dann hintereinander vier laufende Kursusabende. Die Teilnehmer wollen davon Kenntnis nehmen.

Die Grippe in Breslau.

Das Städtische Gesundheitsamt schreibt uns: Nach unseren weiteren Beobachtungen ist die Zahl der Anmeldeungen an Grippe auf dem zuletzt berichteten niedrigen Stande geblieben, zum Teil ersprecherweise noch weiter zurückgegangen. Auch die Zahl der Todesfälle ist seit Anfang Februar zurückgegangen. Mehrere Tage sind bereits ganz ohne Todesmeldungen verlaufen.

Verammlung aller SPD-Betriebsvertrauensleute und Betriebsratsmitglieder.

Morgen, Freitag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Bratslawia“, Mauritiusplatz. Tagesordnung: Die Aufgaben des politischen Vertrauensmannes im Betriebe. Referent: Genosse M a c h e. Aussprache, Abgabe von Meldungen. Genossen! Macht in allen Betrieben und Dienststellen auf diese wichtige Verammlung aufmerksam. Parteibuch am Saaleingang vorzeigen. Die alten Funktionärskarten sind mitzubringen und abzugeben.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

Am 14. Februar fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Generalversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen statt. Den allgemeinen Bericht für den Vorstand gab Kamerad Braetel, den Geschäftsbericht der Geschäftsführer Kamerad Grafegner und den Anknüpfbericht der Kassierer Kamerad Stoye, den Bericht des Arbeitsausschusses für die Hinterbliebenen die Kameradin Heißig. Nach Erstattung der Berichte wurde in eine eingehende Diskussion eingetreten, in der von den verschiedensten Kameraden und einer Kameradin die Wünsche der Mitglieder zum Ausdruck gebracht wurden und auch Beschwerden, insbesondere gegen die Tätigkeit der hiesigen Fürsorge für Kriegerhinterbliebene.

In den Vorstand wurden mit übergroßer Mehrheit folgende Kameraden und Kameradinnen gewählt: 1. Vorsitzender Kamerad Braetel, 2. Vorsitzender Kamerad Rogoski, Kassierer Kamerad Stoye, 1. Schriftführer Kamerad Leberkaill, 2. Schriftführer Kamerad Menzel. Zu Beisitzern wurden gewählt die Kameradinnen Otte, Vogel, Rubell, Rodaczek, die Kameradinnen Heißig, Winter, Labuffe und Wiesner, zu Revisoren die Kameraden Pohl, Raschke und Winkler, als Vertreter der Blinden der Kamerad Hoffmann. Nach erfolgter Vorstandswahl mußte wegen vorgerückter Stunde die Verammlung abgebrochen werden. Die Fortsetzung der Verammlung wird in nächster Zeit erfolgen, wo dann die Wahl der Delegierten zum Hamburger Bundestage erfolgen wird.

Der Abzug

für Treppenhau- und Flurbelichtung beseitigt. In der Ausführungsverordnung über die Mietzinsbildung für den Stadtkreis Breslau vom 28. Mai 1924 war u. a. bestimmt, daß von der Friedensmiete 1 v. H. für Treppenhau- und Flurbelichtung abgerechnet werden kann. Diese Bestimmung ist nunmehr aufgehoben worden, so daß ein Abzug für Treppenhau- und Flurbelichtung nicht mehr zulässig ist.

Der Schlesiische Abend,

den die Sozialistische Arbeiterjugend am Sonntag in der überfüllten Aula der Viktoriaschule veranstaltet hat, fand begeisterte Zuhörer. Man ist gewohnt, bei solchen Abenden heitere, gemütlche Darbietungen in schlesischer Mundart zu hören, die aber oft in eine etwas geistvolle Biskerei ausarten. Die Arbeiterjugend bewies, daß es auch anders geht. Frau Grabowitsa-Jelisch brachte in ihrer vollendeten Art hochdeutsche Dichtungen schlesischer Dichter, die von Not und Freude des arbeitenden Menschen ergötzen. Besonders erwähnenswert war die kleine Studie von Georg Hadel „Abseits“ „Arbeiter und Alkohol, nichts kann besser die Trennung fördern“ als diese menschlich tief empfundene Erzählung. Die Künstlerin brachte am Schluß einige mit Geschmack ausgewählte Vorträge in Mundart, die ihren Sturm auf die Lachmuskeln nicht unvollständig taten. Der Abend wurde durch Veder von Schubert, Schumann, Wolf und Mittmann, geungen von M a r g a, etc. Kellner, am Flügel begleitet von Frau Hübnert-Löhnert, abwechselnd bereichert. -- Zu wünschen wäre, daß die jetzt regelmäßig monatlich stattfindenden Sonntags-Feiern der Arbeiterjugend immer so guten Zuspruch finden.

Monistische Gemeinde.

Die Sonntagsfeier am 13. Februar war dem Andenken des großen Philosophen Spinoza gewidmet, seit dessen Tode am 21. Februar 250 Jahre verfloßen sind. Die große Halle in der Grünstraße war wieder dicht gefüllt. Nachdem der Gemeindevorstand „Bildungsfragen“ ein Lied vorgelesen hatte, schilderte Dr. G. K r a m e r in seiner Rede das Leben und die Lehre des Philosophen, der ebenso ein Märtyrer wie ein Bahnbrecher der Geistesfreiheit gewesen ist. Wegen seiner freien Uebersetzung aus der jüdischen Gemeinschaft ausgestoßen, lebte er sich mühsam seinen Lebensunterhalt mit Schleifen optischer Gläser erwerbend, zuerst in seiner Vaterstadt Amsterdum, zuletzt im Haag in Holland, wo er 1677 im Alter von 45 Jahren an der Schwindsucht starb. Sein berühmtestes Werk ist die „Ethik“. Spinoza ist Monist, denn das Höchste, Ewige, Allumfassende ist ihm die „Substanz“, die er der Natur gleichsetzt und „Gott“ nennt. Ihre wesentlichen „Attribute“ sind Ausdehnung und Denken, die eine Einheit in allem Sein bilden. Alles geschieht mit Notwendigkeit. Auch im Menschen bilden Körper und Seele eine Einheit. Seine Aufgabe ist es, stets nach der Vernunft zu handeln. Die höchste Erkenntnis besteht nach Spinoza in einer mystischen Erhebung des Geistes zur Gottnatur. Redner lehnte zwar die Vergöttlichung der Natur ab, stellte aber fest, daß Spinozas „Gott“, dem alle Persönlichkeit, also auch Liebe Barmherzigkeit usw. fehle, eigentlich, wie schon Feuerbach erkannte, gar kein Gott sei. -- Ein Chorgesang und Mitteilungen des Vorsitzenden beschlossen die Feier.

Nachtverkehr zum Sechstagerrennen.

Während der Dauer des Sechstagerrennens vom 17. bis 23. Februar wird die städtische Straßenbahn in den Nachtstunden folgende Züge von der Jahrhunderthalle nach dem Stadtturm und zurück verkehren lassen: Linie 1 E von Jahrhunderthalle über Leisingbrücke und Ring bis Radplatz und zurück; ab Jahrhunderthalle von 1.10 bis 5.50 Uhr alle 20 Minuten; ab Radplatz von 1.35 bis 6.15 Uhr alle 20 Minuten; Linie 18 E von Jahrhunderthalle über Freiheitsbrücke, Feldstraße und Hauptbahnhof bis Sonnenplatz und zurück; ab Jahrhunderthalle von 1.20 bis 6 Uhr alle 20 Minuten, ab Sonnenplatz von 1.46 bis 5.26 Uhr alle 20 Minuten. Der Fahrpreis für eine Fahrt beträgt 25 Pf. für Erwachsene und 15 Pf. für Kinder. Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

Heute, Donnerstag, den 17. Februar, 5 u. 8 Uhr: Eröffnungsvorstellung des Zirkus Pat und Patathon im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17. Morgen Freitag, den 18. Februar, 5 und 8 Uhr: Unwidererflieh lehtes Gattspiel. Dazu: Die Spur durchs weiße Land. Gewerksloje bis 5 1/2 Uhr 25 Pf., Kinder 25 Pf., Erwachsene 50 Pf. Das Arbeiter-Sport-Kartell (G. O.)

Der Mordprozess gegen Kollat.

Am Mittwoch wurden eine größere Anzahl Zeugen aus Reisse, Hindenburg, Zaborze und Ratibor vernommen. Bei den Zeugen aus Reisse handelte es sich um solche, auf die sich der Angeklagte berufen hatte, daß sie ihn am Mordtage in Reisse gesehen haben sollten. Soweit es sich um den Vormittag des 29. April v. J., also um die Zeit handelt, in der die Morde geschahen, verlagten jedoch alle Zeugen. Niemand der Vernommenen hat den Angeklagten oder seinen verstorbenen Bruder am Vormittag in Reisse gesehen, wohl aber sind beide am Spätnachmittag des 29. April dort gesehen worden. So sind nach 5 Uhr nachmittags bei einem Geldvermittler Karten, die auf den Namen Kollat lauteten, abgegeben worden, wobei es sich um ein Hypothekvermittlungsgeschäft handelte, daß Kollat mit dem Geldvermittler Blaschke in Reisse machen wollte. Blaschke war aber nicht zu Hause und so wurden ihm am nächsten Tage die Karten ausgehändigt. Die Schuhe hat August Kollat ebenfalls erst in der Abendstunde in Reisse gekauft. Dem vernommenen Schuhverkäufer fiel nichts Besonderes an Kollat auf, nur ließ sich Kollat Wasser zum Händewaschen geben.

Die Gebrüder Kollat kamen dann am 29. April, abends um 11 1/2 Uhr mit dem Zuge in Hindenburg an. Inzwischen war aber schon die Hindenburger Polizei benachrichtigt, daß Kollats in dem Verdacht stehen, die Mordtat in Breslau begangen zu haben und so wurden sie in Hindenburg schon erwartet. Besonders bei Robert Kollat wurde beobachtet, daß er sehr unruhig war, sich nach allen Seiten umschau und dann den Zeitungsstand am Bahnhof ganz genau besichtigte. Die Polizei hatte die Wohnung des Robert umstellt und ihn verhaftet, als er nach seiner Frau von der Straße her pfliff. Offenbar hatte er keinen Haus Schlüssel. August Kollat wurde ebenfalls noch am selben Abend in einer Gastwirtschaft verhaftet. Dem Kriminalkommissar Weisgerber fiel es auf, daß sich die Verhafteten mit seiner Frage danach erkundigten, warum sie denn verhaftet worden waren. Bei der Vernehmung fiel es auf, daß sie sofort als Alibi Reisse gaben, doch gingen ihre Bekundungen über ihre Tätigkeit in Reisse und die Verhältnisse weit auseinander.

Bekanntlich waren August Kollat 167 Mark und Robert Kollat 95 Mark Geld abgenommen worden. Das waren verhältnismäßig hohe Summen, die auf ein gewisses geregelt Leben schließen lassen. August Kollat hatte auch behauptet, daß er feste Einnahmen aus seiner Tätigkeit als Versicherungsagent hätte und daß er auch eine größere Summe Geldes kurze Zeit vor seiner Verhaftung beim Glüdspiel gewonnen habe. Alle diese Angaben wurden aber recht sehr erschüttert, durch eine Anzahl Zeugen, die erhebliche Forderungen an beide Kollats haben. Bei Robert Kollat war auch der Gerichtsvollzieher häufiger Gast, doch war eine Forderung immer fruchtlos, denn Robert Kollat wohnte mit seiner Frau und dem Kinde bei den Schwiegereltern. Eigene Möbel besaßen sie nicht. August Kollat konnte im Dezember 1925 und Januar 1926 sein möbliertes Zimmer nicht bezahlen, weshalb ihm der Wirt den Zutritt zum Zimmer verweigern wollte, er zahlte dann aber wieder einen Betrag. Von einem Kaufmann hatte August Kollat Waren über einige hundert Mark in Kommission genommen; als der Kaufmann auf Bezahlung drang, erklärte August Kollat, er habe die Waren nach Polen verkauft.

Die Frau des verstorbenen Robert Kollat bekundet als Zeugin, daß ihr Mann immer sehr gut für sie und das Kind gesorgt habe. Er sei wohl sehr lebenslustig, aber durchaus solide gewesen. Ueber die verunglückten Eisenbahnfahrten von Hindenburg nach Reisse konnte nichts Genaueres festgestellt werden, denn der Beamte weiß natürlich nicht, ob Kollats solche Fahrkarten gekauft haben.

Eine der Hauptzeugen in diesem Prozess, Frau Södem wurde am gestrigen Tage nochmals eingehend vernommen. Sie blieb bei ihren, bereits am ersten Verhandlungstage gemachten Angaben und erweiterte sie teilweise noch. Wie die Kriminalbeamten bekunden, war diese Zeugin auch bei ihrer ersten Vernehmung sehr sicher und alle Angaben, soweit sie sich nachprüfen ließen, stellten sich als wahr heraus. Sie bezeichnete auch bei der Gegenüberstellung auch die Kollats sofort als diejenigen, die das verdächtige Gespräch auf der Kaiser-Wilhelm-Straße geführt haben.

Am Donnerstag werden die Familienangehörigen der Ermordeten als Zeugen vernommen werden; außerdem werden auf Antrag der Verteidigung noch Zeugen aus Reisse und Hindenburg geladen. Der Angeklagte hört mit Scheitern erzwungener Ruhe den Hergang des Prozesses mit an. Oftmals scheint er gar nicht bei der Sache zu sein, sondern muß erst angerufen werden, um sich zu dieser oder jener Aussage zu äußern.

Schlesiische Hauptstelle für Erziehung und Unterricht.

Die Schlesiische Hauptstelle für Erziehung und Unterricht veranstaltete am Sonnabend in der Aula der Viktoriaschule ihren zweiten Pestalozzi-Gedenkabend, für den Frau Ministerialrat Dr. Gerzud Bäumer aus Berlin gewonnen worden war. Sie führte aus, daß die moderne Pädagogik der Größe dadurch nicht gerecht wird, daß sie ihn zu einseitig nur als den bedeutenden Lehrer, Methodiker und Pädagogen aufzeigt. Viel zu wenig wird seine sozialpolitische und religiöse Bedeutung gemühtigt, die begründet liegt in den sozialen und politischen Bewegungen seiner Zeit und aus diesen heraus verstanden werden muß. Hingewiesen sei auf die Gesellschaft des Züricher Patriziats jener Tage -- Feudalerniedrigung -- die Fabrikverwilderung. Sein Denken und Wollen ist durchaus falsch beurteilt, wenn man Pestalozzi als den bloßen Armenarzt beipfiehlt, der sein Tun allein erschöpft zu sehen im Mitleid und Erbarmen für das Massenkind als Einzelwesen. Sein Bild ist viel, viel weiter gerichtet -- hin auf den modernen Volkstaat, den zu schaffen auch wir heute noch ganz am Anfang stehen, da 100 Jahre eine viel zu kurze Spanne Zeit sind für die Verwirklichung solch großer Idee -- Die hohe Aufgabe für sein Volk liegt unter anderem bedingt in der damals bestehenden unüberbrückbaren Kluft zwischen Volk und der Bildung Besühender, hervorgerufen durch die einseitige Verbandsbildung des Rationalismus, die sich von dem Zentrum menschlicher Persönlichkeitsbildung losgelöst hatte, gekünstelt und unwahrscheinlich geworden war. Hilfe schaut Pestalozzi intuitiv und instinktiv in einer neuen Bildung, von einer neuen Mitte, aus die einfach und natürlich ist und das Volk zum Träger hat. Diese Bildung wird sich aufbauen auf lebendiger Anschauung und Selbsttätigkeit, die den Sinn zur Wahrhaftigkeit entwickelt und das unwahre „Maulbrauen“ unterbindet. Die Keimzelle solch wahrhafter Menschenbildung ist die W o h n s t u b e und ihre Hüterin die Mutter. Sie soll das Kind erst durch die Kraft ihrer Liebe zum Menschen werden lassen, bevor es in den Iden Mechanismus des Gemeinheitslebens eingepaßt wird -- In dieser hohen Pflicht erkennt Pestalozzi zugleich die weit umfassendere Aufgabe der Mutter als Staatsbürgerin -- eine Idee, deren volle Bedeutung erst unserer Zeit aufgegangen ist. Der Ewigkeitswert seiner Idee vom nationalen Volkstaat ist uns Menschen der Gegenwart darum als Aufgabe gegeben.

Ein sehr harter Beifall belohnte Dr. Bäumer für dies lebendige Herausarbeiten der Pestalozzischen Grundprobleme, denen folgen zu können jedem Zuhörer sicherlich einen wirklichen Genuß bedeutete.

Ein Straßenbahner verunglückt. Heute früh gegen 6 1/2 Uhr wurde auf der Kaiser-Wilhelm-Straße zwischen Victoria- und Moritzstraße, ein Angeklagter der Straßenbahn von einer Kasse drohnte überfahren und erlitt einen Beinbruch und Beckenverletzung. Der Verletzte wurde nach dem Wenzel-Sante-Krankenhaus gebracht.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Breslau, Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr: Zusammenkunft aller Funktionäre im Gewerkschaftshaus.

Der Jitzes Pat und Patachen beginnt heute nachmittags 5 und 8 Uhr im Gewerkschaftshaus mit seinem verfilmten zweitägigen Gaußspiel. Kasseneröffnung ist schon um 4 Uhr. Vorher läuft die interessante Ufa-Wochenschau und der ausgezeichnete Kulturfilm: „Die Spur durchs weiche Land“. Morgen, Freitag, sind die letzten zwei Vorstellungen. Man beachte bitte das heutige Interat.

Veitstaschi-Vortrag. Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Universitäts-Hörsaal 13 (Auditorium maximum): „Die philosophischen Grundlagen der Pädagogik Veitstaschi“, Professor Dr. Hantsch Wald-Breslau. Teilnehmerkarten je 1 Mark, Studierende erhalten gegen Vorzeigung der Studentenerkarte 50 Prozent Ermäßigung. Kartenvergabe täglich von 9-1 und 3-7 Uhr in der Geschäftsstelle, Städtisches Schulmuseum, Paradiesstraße 25/27, und an der Abendkasse. Alle pädagogisch interessierten Kreise sind herzlich dazu eingeladen.

7. Ziehungstag Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Wie uns die Lotteriekasse Breslau 5, Chaus Lauensteinplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: 10.000 Mark auf Nr. 316.448; 5.000 Mark auf Nr. 2.660; 3.000 Mark auf Nr. 3.788; 2.284, 28.777, 48.201, 82.836, 146.908, 195.135, 199.223, 254.232, 264.786, 314.011, 343.248; 2.000 Mark auf Nr. 9.581, 52.102, 84.125, 130.989, 161.804, 226.645, 294.743, 307.035, 307.857, 325.443; 1.000 Mark auf Nr. 19.544, 20.203, 35.588, 39.078, 39.197, 44.724, 107.472, 109.183, 125.241, 134.221, 143.011, 144.501, 146.124, 181.717, 189.857, 193.511, 203.441, 211.330, 244.883, 263.316, 269.596, 277.330, 290.610, 317.015, 318.025, 321.133, 326.103, 328.234.

Die Feuerwehr wurde gestern, kurz vor 10 Uhr vormittags, zum Ausheben eines Pferdes Ostwitzerstraße 7 in Anspruch genommen. Die Feuerwehr konnte jedoch nichts tun, da das Pferd das eine Hinterbein gebrochen hatte. — Nachmittags, kurz nach 3 Uhr, erfolgte ein Alarm nach Püchowstraße 16, es handelte sich aber nur um zurückgedrückten Rauch.

98.000 Mark veruntreut hat der Profuturist Raschke von der Eisenbahn Caro & Sohn, Märkischestraße. Er hat die Unterschlagungen im Laufe der Jahre 1924, 1925 und 1926 begangen. Der Betrüger, der in den vierziger Jahren fest und verurteilt ist, ist verhaftet, am Dienstag aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden, weil Nachforschungen nicht vorliegen. Er hat die unterschlagenen Gelder für leichsinnigen Lebenswandel verbraucht.

Beimitt wird seit dem 12. Februar die Arbeiterin Marta Buchmann, geboren am 3. April 1906 zu Breslau, zuletzt hier, Marktenstraße 5, wohnhaft gewesen. Sie ist 1,65 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes Haar, rötliche braune Augen und gebrauntes, mageres Gesicht. Seltsam ist ihr mit schwarzem Hut, dunkelblauer Mantel mit braunem Plüschkragen, graubraunem Kleid, grauen Schleiern, schwarzen Strümpfen und schwarzen Spangenschuhen. Sie befindet sich vermutlich in Begleitung des Schloßers Frick König, geboren am 26. August 1904 zu Breslau, der zuletzt hier, Weidenbamm 11, wohnhaft war. Wer über den Aufenthalt der Buchmann Angaben machen kann, wird ersucht, dies schriftlich oder mündlich bei der Kriminalpolizei, Zimmer Nr. 10/11, Schulstraße 46, zu tun.

Gobe-Theater.

Am Sonntag nachmittag wurde zu halben Preisen (im Zuschauerraum vorwiegend Jugendliche, die das lebhafteste Interesse für das Stück bekundeten) „Der Biberpelz“ gegeben. Eine glänzend gearbeitete, sehr belustigende Diebstahlskomödie von Gerhart Hauptmann in welcher die Diebe sowohl die hohe Behörde als auch die Bestohlenen mit Erfolg an der Nase herumführen. In der Aufführung (inszeniert von Fritz Ledden) sah man wieder einmal deutlich, daß der Naturalismus vorbei ist. Man hat weder Kenntnisse noch Geduld genug aufgebracht, das Stück gut herauszubringen, vielmehr schien es eine Art Tummelplatz für die Privatliebhaberinnen der einzelnen Darsteller. Käthe Habel-Keimers als Frau Wolff, sprach mangelhaftes Schleich (und gerade auf dieses herauspringende Schleich an der Berliner Zither kommt es sehr an!) und war zwar sympathisch und ungelüthelt, aber nicht stark genug. Ludwig Barg als Amtsvorsteher Weßhahn karikierte auf eigene Faust, sehr zu Hauptmanns Ungunsten, und sein Schreiber (auf dem Fettel nicht genannt), tat es ihm nach. (Warum sah der eigentlich auf einem Gerüst, ähnlich dem Sitz eines Tennisspielers, statt an einem Pult?) Siegfried Brud als Krüger war in der Anlage seiner Rolle stellen gelieben, ohne sie zu durchleben. Hans Brand als Dr. Fleißner war ein blaffer, weicher Schöner. Louis Oswald als Motes normal, Elise Gertz als keine Frau ein banales Zerrbild. Arnfeld als Julius Wolff spielte ausgezeichnet, zumal sein Schweigen und Herumbantieren war sehr echt (er ist eben noch im Naturalismus gefäß!) Marliese Knead und Claire Kapm und spielten als Leonine und Wehheit mit Lust, Liebe und Erfolg lustig darauflos. Fritz Ledden war als Schiffer Wulffow besser denn als Regisseur, Carl Zeit spielte den traurigen, angetraufenen Amtsdieners sehr getreu. Die Küche war zu weitläufig und glatt, wie denn überhaupt das Stück sehr mangelhaft dargestellt war. Dennoch übte das Stück, das selbst durch eine fahle, farblose Aufführung nicht unzubringen ist, eine lebhaft, beifällige Wirkung auf die Zuschauer aus. M. Dr.

Arbeiter-Sport.

3. Turnerschaft Breslau, 4. Jugend-Abteilung. Heute, Donnerstag, findet der Arbeitersportabend statt, wozu alle Jugendarbeiter eingeladen sind. Der Stenographie-Kursus ist beendet. Unter anderem hält Turngenosse Langer ein Referat. Beginn des Abends 8 Uhr, bei Linke, Opitzstraße 8.

Fr. Arbeiterverein Breslau, 2. S. Morgen, Freitag, treffen sich alle ausübenden Mitglieder um 8 Uhr abends in der Schule, Talstraße 29/31 (Kanonenhof). Jugendabteilung: Sonntag, den 19. Februar, treffen sich alle Jugendmitglieder abends 8 Uhr, in der Cecilia-Schule, Talstraße, mit der Mitglieder des Schützengilde Vereins zur Schar-Sport-Probefahrt. Sonntag, den 20. Februar, Arbeitsdienst im Kochhaus, an dem alle Jugendmitglieder teilnehmen sollen. Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Lichtbildvortrag: und Niederabend.

Arbeiter-Radfahrer-Verein, 3. Abteilung, Freitag, den 18. Februar, Anfang 7 Uhr, in die Abteilungsversammlung als Familien-Unterhaltungsabend gedacht. Die Abteilungsleitung erucht, daß alle Mitglieder der Abteilung teilnehmen. Ferner werden die anderen Abteilungen gebeten, sich ebenfalls durch zahlreichen Besuch zu unterstützen. Für Aufbewahrung der Räder und Unterhaltung ist bestens gesorgt.

3. Turnerschaft Breslau, 2. S. Zum Bezirksfest am Sonntag, den 20. Februar, früh 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, stattfinden die Abteilungsverhandlungen. Die Frauen- und Fußballabteilung je einen, die 1. und 7. Männerabteilung je 2 Delegierte, die 2. Männerabteilung je 1 Delegierter, die 3. Männerabteilung je 1 Delegierter, die 4. Männerabteilung je 1 Delegierter, die 5. Männerabteilung je 1 Delegierter, die 6. Männerabteilung je 1 Delegierter, die 8. Männerabteilung je 1 Delegierter. Die Mandatsbefugnisse werden am Sonntag früh vor Beginn des Bezirksfestes ausgegeben. Die Verhandlungen beginnen am Sonntag früh, 9 Uhr, nach Mittag.

Schützengilde Vereins, 2. S. Jugendabteilung. Sonntag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung im Kochhaus, Talstraße. Der Vorstand des Vereins hat über das Thema: „Zwischen Leisiger Kultur und Sport“ und „Hörbuch“ sowie die Beziehungen zur Jugendabteilung erörtert das Ergebnis aller Jugendabteilungen und -arbeiten. — Sonntag, den 20. Februar, findet der Bezirksfest am geselligen Nachmittag statt. Beginn 4 Uhr.

Sozialdemokratische Partei
Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Dht 5852

Partei-Sekretariat des D. S. (M. S. J.) Sekt. Donnerstag, den 17. Februar, nach Abbruch der Arbeit, Berlin, Straße 52, Besprechung. Vortrag über: „Die Sozialdemokratie in der Opposition“. Redner: Genosse Dr. C. A. E. u. Es wird guter Besuch erwartet.

Städtische Arbeiter-Bezirkskomitee und Bezirksratsmitglieder der SPD. Freitag, abends 8 Uhr, Versammlung im großen Saal der „Kriegsblau“, Marktstraße. Parteimitgliedsbuch gilt als Zutritt. Volkshilfeschein ist Pflicht.

Frauenvereinigungen und Montag, den 21. Februar, abends 8 Uhr. Lokale werden nach bekannt gegeben. Zutritt für guten Besuch.

SPD. Mitarbeiter und Bezirksvereinsleiter nehmen an der morgigen Besprechung in der „Kriegsblau“ teil.

Januarferien — Arbeiter-Jugend

Die Karten für die Ferienüberanstaltung müssen Sonntag abend, eine halbe Stunde vor Anfang, um 10 Uhr, abgerechnet werden.

Gesellschaften und Gruppen: Die Abende des 1. und 2. wird gemeinsam von Jungmännern und Arbeiterjugend veranstaltet. Der Höhepunkt des Abends wird ein Preiswettbewerb sein, das grau Brau-Konkurrenz-Wettbewerb. Es wird um gleiche Zeit laufen in Wien und Brno. Es ist deshalb notwendig, daß jeder Teilnehmer sich aus beiden Organisationen daran beteiligen. Wir beschließen heute abend, 8 Uhr, im Heiligengeist-Gymnasium und jeder bringt 10 Pfennige mit.

Heim 2. Freitag abend mit einem Schund- und guten Literaturabend. Pünktliche Erscheinen wird erwünscht.

Heim 3. Freitag, 8 Uhr: Praktische Beispiele der Schundliteratur. Sonntag nachmittags: Juniliederabend.

Heute abend, 8 Uhr, in Schulstraße 14/16, unser Heimabend. Instrumente sind mitzubringen.

Amliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 15. Februar.

1 Pfund Sterling	20,422	100 Fr. Francs	18,54
1 Dollar	4,2145	100 N. Kronen	12,478
100 holl. Gulden	168,67	100 Schweizer Francs	61,05
100 Belg. = 500 Franken	58,675	100 Portug. Escudos	70,88
100 nord. Kronen	108,28	100 schwed. Kronen	112,48
100 Dänig. Gulden	81,17	100 Ungar. Kronen	73,67
100 Lire	19,20	100 öst. Schilling	59,33
100 nor. Kronen	112,39	100 Riäl	46,855

Breslauer Produktenbörse.

Amliche Notierungen des an der Breslauer Produktenbörse vom 16. Februar. Notierungen der Reichsmark für den heutigen Bezugszeitpunkt (zur Vergleichung mit dem Tagespreis) ab schließlich feststehende Notierungen in vollen Markennotierungen (mit Ausnahme von Futtermitteln und Sämereien, die in vollen Markennotierungen feststehen). Tendenz: 16. Reihe: Ruhig. — 17. Reihe: Ruhig. — 18. Reihe: Ruhig. — 19. Reihe: Ruhig. — 20. Reihe: Ruhig.

Legitime amtliche Notierungen der 16. Reihe:

Getreide:	16	15	Delantien:	16	15
Weizen 75 kg/1	27,10	27,10	W. Winterar.	33,00	—
Weizen 71 „	26,40	26,40	Weinamen	36,00	—
Korn 71 „	25,40	25,40	Sensamen neu	40,00	—
Korn 68 „	25,10	25,10	Yammat	26,00	—
Haler	18,70	18,70	Tiammohr	26,00	—
Brannette S	24,00	24,00	f) Gute Qualität	—	—
Mittlerer	19,00	19,00	g) Durchschnitts-Qualität	—	—
Winter-Gerste	19,10	19,10	h) Mittlere Art und Güte	—	—

SS Feine Ware über Notiz

Sämereien, Landware (für 50 kg):

geringe	mittlere	gute	geringe	mittlere	gute
Kaffee	—	130-135	Timothy	—	20-27
Weißes	—	60-90	Luzerne, Prob.	—	100-125
Schwarz	—	110-120	Rangras	—	30-45
Gelbes	—	60-75	Gerabella	—	18-17
Infant, neu	—	—	—	—	—

Kaffee polnischer 120-140.

Sämereien in besserer Körnung, Farbe, sowie mit gewährleisteter Reinheit und Reifezeit entsprechend höher. Alles letzte Ernte.

Amliche Notierungen der Mähtenzerzeugung (je 100 kg):

16	15	16	15		
Weizenm. (70%)	40,25	40,25	Zusugmehl	45,25	45,25
Kornm. (70%)	38,25	38,25	—	—	—

Feinere Sorten werden über bezahlt.

Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Artern bei Breslau.

(Nachher auch mit Lufttemperatur verbunden.)

Im Norden Gewitterwolken erglänzt gegenwärtig ein kräftiger Westwind. Die Temperatur ist in letzter Zeit um 1 Grad höher als in der ersten Hälfte des Monats. In der ersten Hälfte des Monats wurde die mittlere Temperatur 1,5 Grad Celsius. Die mittlere Temperatur der Luft war 1,5 Grad Celsius. Die mittlere Temperatur der Luft war 1,5 Grad Celsius.

Bei böigen, nordwestlichen Winde wechsellnd bewölkt, zeitweise Schnee, später wieder Schnee, nur vorübergehend etwas milder.

Wasserdampf für die nächsten Tage: 1,5 Grad Celsius.

Bei heftigen, nordwestlichen Winde meist bewölkt, zeitweise Schnee, nach übergehender Milderung erneuter Temperaturrückgang.

Wasserdampf für die nächsten Tage: 1,5 Grad Celsius.

Bei heftigen, nordwestlichen Winde meist bewölkt, zeitweise Schnee, nach übergehender Milderung erneuter Temperaturrückgang.

Das Wetter im Gebirge:

Schneebericht: Schneehöhe: 156 Zentimeter. Schneefestigkeit: 100 Prozent. Schneefestigkeit: 100 Prozent. Schneefestigkeit: 100 Prozent.

Schneebericht: Schneehöhe: 156 Zentimeter. Schneefestigkeit: 100 Prozent. Schneefestigkeit: 100 Prozent. Schneefestigkeit: 100 Prozent.

Schneebericht: Schneehöhe: 156 Zentimeter. Schneefestigkeit: 100 Prozent. Schneefestigkeit: 100 Prozent. Schneefestigkeit: 100 Prozent.

Rechte Wetternachrichten.

Datum:	Temp. im Früh	Maxim. Mitt. 24 Stunden	Minim.	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Rel. Feuchtigk. %
17. 2. 27	2	2	1	Regen bedeckt	16/20/24	0	2,1
Görlitz	3	3	1	bedeckt	20/24/28	4	2,1
Zobris, Kr. Tauer	0	0	-1	wolfig	17/21	4	1,5
Bad Hilsberg	0	0	-1	wolfig	17/21	5	1,5
Heubitz	-3	-2	-6	wolfig	13/17	5	2,1
Dobruška	0	0	-1	wolfig	17/21	5	2,1
St. Schlegel	-4	-2	-4	wolfig	17/21	5	2,1
Reitzhagen	-5	-4	-6	—	17/21	5	2,1
Schneeberg	-6	-5	-7	—	17/21	5	2,1
Eichberg	0	0	0	bedeckt	17/21	5	2,1
Kleiner	3	4	-0	wolfig	17/21	5	2,1
Wittenberg	—	—	—	—	—	—	—
Bad Schandlitz	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberg (bei Breslau)	1	2	-4	bedeckt	17/21	5	2,1
Reinert	0	0	-3	wolfig	17/21	2	1,5
Landau	-2	0	-1	bedeckt	17/21	4	2,2
Reichenstein	2	3	-3	bedeckt	17/21	5	2,1
Reichenberg	3	3	-2	—	—	—	—
Welle	3	3	0	wolfig	17/21	5	2,1
Breslau	3	3	-1	Regen	17/21	6	—
Kreuzburg	—	—	—	—	—	—	—
Reichen	2	3	-2	bedeckt	17/21	4	—
Beuthen	—	—	—	—	—	—	—

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Konzerte: Heute und morgen: „Koncerte“ von Fritz von Unruh. Koncerte: Heute und morgen: „Koncerte“ von Fritz von Unruh.

Theater: Heute und morgen: „Koncerte“ von Fritz von Unruh. Theater: Heute und morgen: „Koncerte“ von Fritz von Unruh.

Vergnügungen: Heute und morgen: „Koncerte“ von Fritz von Unruh. Vergnügungen: Heute und morgen: „Koncerte“ von Fritz von Unruh.

Damenmäntel 8
um zu räumen von
in großer Auswahl
Urban, Karstr. 1, 2. Et.

Anzug-Zulieferer
4 bis 12 Mr., Atlas Mr.
bis 90 Mr., Leinwand Mr.
85 Mr., bis 120 Mr., Werm.
fester Mr. 48 Mr. h. 1.40 Mr.
Garn 1900 Mr. 25-70 Mr.
Seltgarn 20 Gramm 10 Mr.
Walo-Schnurleiste 100 Mr.
2.00 b 8.00 Mr. Röhre D.
10-10 Mr. Kernleiste Röhre
18 Mr., Erdalboje 15 Mr.
Detail und Engros

Bertold Lippe
Heinrichstraße 16
Rittale Oberstraße 17

Arbeitshofer
in bekannter Qualität
sehr preiswert
Adolf Mallnowltzer
Klosterstraße 23.

Torpedo 12.45, Bad n.
Modell 20, 9.
Nur bessere, neue

Räder
Gr. 48
Dr. 50
Anb.
Preis 4
Kern

extra gute Marken
58, 68, 78, 88, 98, 110
Kern 42,
Kern 42,
Kern 42, 28, 25,
Kette 1.25, Nabe 1.80
Kette 1.45, Kern 1.70
Kette 1.85, Nabe 2.20
Kette 2.25, Kern 2.50
Kette 2.75, Kern 3.00
Kette 3.25, Kern 3.50
Kette 3.75, Kern 4.00
Kette 4.25, Kern 4.50
Kette 4.75, Kern 5.00
Kette 5.25, Kern 5.50
Kette 5.75, Kern 6.00
Kette 6.25, Kern 6.50
Kette 6.75, Kern 7.00
Kette 7.25, Kern 7.50
Kette 7.75, Kern 8.00
Kette 8.25, Kern 8.50
Kette 8.75, Kern 9.00
Kette 9.25, Kern 9.50
Kette 9.75, Kern 10.00

Futterrest
Zute, Watt
neu
kauft laufend zu höchst
Breslau
Herbert Schol
Weißgerbergasse 4

Der weisse Rabe
unter den 4 Hg. Cigaretten

Warum?
Weil sie wegen ihrer übertragenden
Qualität überall auffällt.

HALPAUS
RARITÄT

Ist die meist gerauchte, weil weit aus
beste 4 Hg. Cigarette Deutschlands

Aus Schlesien.

Eine sozialdemokratische Landwirte-Konferenz im Unterbezirk Görlitz.

Am Sonntag tagte im „Deutschen Hause“ in Köhlitz-Waldhof eine sozialdemokratische Landwirte-Konferenz, einberufen von der Unterbezirksleitung der SPD. Görlitz. Die Anregung zu dieser Konferenz kam aus den Reihen der kleinen Heubelandwirte, die ja zum großen Teil sozialdemokratische Wähler und zum Teil Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind. Die Konferenz war sehr stark besucht.

Das Hauptreferat hielt Landtagsabgeordneter Genosse Max Simon (Neulitz) über das Thema „Existenz und Produktionsfragen für den kleinen Landwirt“ und behandelte zugleich den sozialdemokratischen Agrar-Programmentwurf. Heute stehen die landwirtschaftlichen Fragen im Vordergrund des Interesses, die verstärkte Kleinbauernbewegung hat bei den Landwirte-Konferenzen große Erfolge erzielt. Redner behandelte die verkehrte Schutzpolitik des Landbundes und der Rechtsparteien und stellt die sogenannten „Hilfen“ der sozialdemokratischen Forderungen gegenüber: Erhöhung der Produktion, Selbsthilfe, Anpassung an die Verhältnisse, Genossenschaftswesen, Umstellung der Betriebe usw. Bei der Steuerfrage verweist Redner auf unser Agrarprogramm: Grundwertsteuer nach dem gemeinen Wert, Offenlegung der Steuerlisten. Die Übernahme der staatlichen Domänen in Selbstbewirtschaftung, Steigerung der Viehproduktion, Beseitigung der polnischen Landarbeiterfrage, Veränderung der mittelalterlichen Zustände der Landwirtschaftskammern, Kreditwesen, Deblanbearbeitung und das Siedlungsweien mit herber Kritik der Verschwendung von Geldern durch die Siedlungsgesellschaften in landwirtschaftlichen Fragen unterworfen. Zum Schluß kam Genosse Simon auf das Verhältnis des Deutschen Bauernbundes und des Reichslandbundes zu unserer Partei zu sprechen. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um den Landbund zu bekämpfen und die Krise im Landbund für unsere Partei auszunutzen. Zum Bauernbunde nehmen wir ja eine wohlwollende und freundliche Haltung ein, eine Mitgliedschaft unserer Genossen in dieser Berufsorganisation ist zu empfehlen. Aber eine gewerkschaftliche Organisation ist ohnmächtig ohne eine große politische Partei. Deshalb müssen die Landwirte sich politisch bei der sozialdemokratischen Partei organisieren.

Die Aussprache war sehr reger. Genosse Landwirt Hoffmann (Tiefenfurt) fordert die Landwirte auf, sich vom Landbund zu lösen. Als politische Vertretung für die Landwirte kommt nur die sozialdemokratische Partei in Frage. Die Demokratische Partei habe sich als höchst ungenügend in allen Fragen erwiesen. Die Schukzollpolitik richte sich in ihrer Auswirkung gegen den Landwirt! Wir kleinen Leute sind national, weil wir Liebe zur Heimat, Liebe zur Scholle haben und sozialistisch gefärbt sind. Das Agrarprogramm mag es noch nicht allein, um uns zu helfen, sondern die Durchführung der Forderungen, die im Programm festgelegt sind. Daher hinein in die sozialdemokratische Partei! Weitere Diskussionsreden sprachen sich im gleichen Sinne aus.

Zum Schluß wurden mehrere Entschließungen zum Agrarprogramm-Einstimmig angenommen.

Damit waren die Verhandlungen beendet. Genosse Lutz sagte in seinem Schlusswort: Die heutige Konferenz der sozialdemokratischen Landwirte ist ein Meilenstein in der Geschichte der Partei und wird im gegnerischen Lager, im Landbund, noch mehr Wirkung anrichten. Der sozialdemokratische Agrarprogramm-Entwurf ist als großer Fortschritt heute anerkannt worden. Kampf dem reaktionären Landbund, der Interessenvertretung der Großagrarier, hinein in den Bauernbund, als gewerkschaftliche Vertretung der kleinen Landwirte, hinein in die große sozialdemokratische Partei, als politische Vertretin aller Gehedmeten und Bedrückten in Stadt und Land. Nur die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der kleinen Landwirte. Die Konferenz wurde hierauf mit einem dreijährigen Hoch auf unsere Partei und die deutsche Republik um 3 Uhr nachmittags geschlossen.

Ein eigenartiges Zusammentreffen war es, daß am selben Tage — in Görlitz — der Landbund seine große Tagung hatte. Auf der sozialdemokratischen Konferenz haben sich die Landwirte gegen jede Zollpolitik erklärt; auf der Landbundtagung hat der Hauptredner ausgeführt, daß der Zolltarif nicht hoch genug sein könne. Derjelbe Redner (Direktor Hölzel-Berlin) hat auf der Landbundtagung gegenüber unserer Partei folgendes erklärt: „Für die Landwirtschaft gelte vor allem eins: Abwehr alles dessen, was mit Sozialismus zusammenhängt, weil dieser nur zerstörende Auswirkungen aufseigt.“

Verlegung der Geschäftsstelle der ober-schlesischen Landwirtschaftskammer.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Oberschlesien bittet um folgende Mitteilung: „Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Oberschlesien hat ihre Büroräume aus verwaltungsrechtlichen Gründen auf die Dauer von voraussichtlich drei Wochen bis auf Widerruf aus Oppeln nach dem Sitz der Landwirtschaftskammer der Provinz Niederschlesien: Breslau 10, Matthiesplatz 5, verlegt.“ Alle Interessenten werden daher gebeten, sich in dringlichen Fällen direkt nach dort zu wenden.

Hundsfeld. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, Ansetzen bei Kenzel, Abmarsch 2 Uhr nach Sacrau. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, zu erscheinen.

Schweidnitz. Vereitelter Mordanschlag gegen einen Geldbriefträger. Der Sohn eines Fabrikdirektors, ein Kaufmann Juchs aus Schweidnitz, hat schon seit Wochen Nachrichten und an sich selbst adressierte Geldbeträge in ein hiesiges Hotel erhalten. Er wollte dadurch den Geldbriefträger möglichst oft bei sich sehen, um ihn bei guter Gelegenheit zu berauben. Der Postbehörde fielen die vielen kleinen Geldsendungen auf, und sie benachrichtigte die Kriminalpolizei, die unvermutet bei dem jungen Mann eintraf und ihn verhaftete. Bei Durchsuchung des Zimmers fand die Polizei einen schweren Schmiedehammer bereitgestellt, über dessen Verwendung die widersprechendsten Angaben gemacht wurden. Juchs hat erst vor kurzem durch einen ringelerten Raubüberfall im Breslau-Görlitzer Zuge von sich reden gemacht.

Häslitz, Kreis Striegau. Unfall im Stelubrunn. Der Hilfsarbeiter W. war im hiesigen Kramorbrunn damit beschäftigt, einen 40 Zentner schweren Granitblock in die Höhe zu wuchten. Dabei wurde er von der Brechhänge so heftig an den Kopf geschlagen, daß er eine schwere Verletzung der linken Gehirnhälfte davontrug. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte er in das Striegauer Krankenhaus befördert werden.

Bundeshut. Vom Herzschlag betroffen. Der Lehrer A. vom hiesigen Gymnasium, der eine Skitour über die Grenzgebirge unternahm, wurde plötzlich von einem Herzschlag betroffen, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Der so plötzlich aus dem Leben Geschiedene befand sich im Alter von 52 Jahren.

Siebersberg. Von einer wütenden Katze angefallen wurde dieser Tage ein Geschäftsmann am Markt. Als er in seinem Holzstall nach einem hochgelegenen Stüb Holz ging, sprang ihm plötzlich eine Katze ins Gesicht und kratzte sich dort heftig fest, daß dem Mann bei dem Versuch, sich von dem wütenden Tier zu befreien, die ganze Gesichtshälfte gezeichnet wurde.

Siebersberg. Gefährlicher Reittier. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend nachmittag auf der Hirschberger Teichbahn. Eine Anzahl Löwenberger Gymnasten machte einen Ausflug nach dem Gebirge, um Ski zu fahren. In der Nähe der Reittiermühle in Herischdorf setzte sich

ber eine von ihnen auf die Lehne der Seitentür. Blätzlich verlor er das Gleichgewicht und stürzte hintenüber, blieb aber mit den Schuhen im Türschwamblock hängen, und so schlug er mit dem Kopf an mehrere Rasten, bis die Bahn zum Halten kam. Die Sanitätskolonne brachte den Schwerverletzten ins Warmbrunner Krankenhaus. Trotz der schweren Verletzungen hofften die Ärzte den Verunglückten, der ein Sohn des Amtgerichtsrats Müller in Löwerberg ist, am Leben erhalten zu können.

Landes. Ein neuzeitlich eingerichteter Schlachthof mit den erforderlichen Rühlhallen wird voraussichtlich in nächster Zeit erbaut werden. Als Bauplatz ist das in der Schnebergstraße gelegene Gelände hinter dem Kirchhof in Aussicht genommen.

Altschilde. Die Nase abgebeissen. Ein hiesiger Gastwirt wollte einen unter seinen Gästen ausgebrochenen Streit schlichten, als er von einem der Streitenden gepackt und ihm die Nase durchgebissen wurde. Der Gastwirt liegt schwerkrank darnieder, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß der Täter ein schwer tuberkulös erkrankter Mensch ist.

Rosenberg. Fahrlässigkeit hatte sich der Gefangenenausscher Hugo R. zuschulden kommen lassen. Eines Tages im Oktober 1926 hatte er mit einigen Gefangenen eine Kuharbeit zu verrichten und zog in den Abendstunden mit seinen Schülhlingen dem Gefängnis zu. Unterwegs begegnete ihnen ein Fuhrwerk. Diese Gelegenheit benutzte nun einer der Gefangenen, um hinter diesem Fuhrwerk zu verschwinden. Kurze Zeit darauf bemerkte der Aufsicht das Fehlen des Gefangenen. Mit den anderen Gefangenen nahm er die Verfolgung des Flüchtlings auf, den sie auch in der Richtung nach Wylsa davonlaufen sahen. R. beging nun die Leichtsinnigkeit, die Verfolgung aufzugeben und einen anderen Gefangenen mit der Verfolgung zu beauftragen, während er selbst mit den übrigen Gefangenen nach dem schließenden Heim pilgerte. Diese Gelegenheit nahm der zweite Gefangene wahr und verschwand ebenfalls auf Nimmerwiedersehen. Die Tat hatte nun eine Anklage wegen fahrlässiger Gefangenensbreitung zur Folge. In der Beweisaufnahme gab der Angeklagte zu, sich bei der Verfolgung des ersten Ausreißers einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht zu haben. Im übrigen konnte der Angeklagte aber nachweisen, daß er sonst bei diesem Transport seine Pflicht vorchriftsmäßig erfüllt habe. Das Gericht bejahte die Schuldfrage, ließ aber Milde walten und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 10 Mark unter Auflegung der Kosten des Verfahrens.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Schönborn. Scheunenbrand durch Brandstiftung. Gestern abend gegen 9 Uhr wurde die Landspröge der Breslauer Feuerwehr nach Schönborn alarmiert. Südlich des Dorfes brannte eine etwa 50 Meter lange, 20 Meter breite Feldscheune mit 2000 Zentnern Getreide, landwirtschaftlichen Maschinen u. a. m. Die Entstehungsurache des Feuers, das mit zwei Schlauchleitungen bekämpft wurde, wird auf Brandstiftung zurückgeführt. — Nach achtstündiger Tätigkeit konnte die Landspröge wieder einrücken.

Rathen. S. P. D. Mitgliederversammlung. Sonntag, den 19. Februar, abends 7 Uhr, findet im Lokal von Pelke unsere Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht aller Parteigenossen und Genossen, pünktlich zu erscheinen.

Neumarkt. Behandlung eines erwerbslosen Landarbeiters. Vor kurzer Zeit berichteten wir, daß sich der Gutspächter Bogtlen zu Probst (angezogen an Neumarkt) gegen einen bei ihm in Beschäftigung gestandenen Landarbeiter in nicht gerade „herrschafflicher“ Weise benahm, sondern aus laun gläublicher Verärgerung sich an ihm vergiift und mit gemeinjen Worten bedachte. Das Uebrige besorgten dann die Söhne. Die Angelegenheit hat ein gerichtliches Nachspiel. — Der Landarbeiter ist Erwerbslosenunterstützungs-Empfänger und muß sich zur täglichen Kontrolle beim Amtsvorsteher (Bogtlen) melden. Jedoch der Amtsvorsteher hat dem Landarbeiter den Zutritt zum Amtslokal verboten, und so bleibt dem armen Menschen weiter nichts übrig, als daß er sich täglich vor des gnädigen Herrn Haupte postiert, wo ihm der Stempelschein durchs Fenster abgenommen wird. Das gleiche vollzieht sich bei der Auszahlung des Geldes. Wir erwarten, daß der Landrat diese Methode dem Amtsvorsteher sofort verbietet und ihm über die Ausübung seiner Funktion eine kleine Instruktion sendet. Will der

feinfühligste Amtsvorsteher mit dem Landarbeiter jedoch nichts mehr zu tun haben, weswegen kann da nicht der Landarbeiter dem Arbeitnachweis überwiegen werden?

Neumarkt. Als Amtsvorsteher-Stellvertreter wurden im letzten Kreisstag gewählt für den Amtsbezirk 29 Schmiedemeister G. Scholz (Krausch), für den Amtsbezirk 30 Gutbesitzer J. Eugen (Krausch), für den Amtsbezirk 31 Stellenbesitzer Schmidt (Schneiderschütz).

Neumarkt. Zentralverband der Arbeiter in nassiden und Wlwen. Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Saale „Zum gelben Löwen“: Mittägige Mitgliederversammlung. Auf dem Bericht vom Sonntag von Walsenburg referiert Kollegin Schöning-Katzen über: „Augenlidenden Ausbaur der Sozialversicherung und die Not der Rentner“.

Neumarkt. Sozialdemokratische Partei. Sonntag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, „Zum gelben Löwen“: Mitgliederversammlung. Genossin Koching-Katzen spricht über: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrtsvereine“. Kein Mitglied darf veräumen, an der Versammlung teilzunehmen. Frauen und Gäste sind mitzubringen.

Waserwitz. Von Einbrechern besucht wurden in der Nacht von Montag zum Dienstag die Gemeinden Kolerwitz und Kausje. In Waserwitz stahlen sie beim Gemeindevorsteher Hartkamp ein Fahrrad aus der verschlossenen Scheuer, der große Kettenhund im Hofe schlug nicht an; beim Landwirt Wilhelm Kriehel waren die Diebe dreier und stahlen aus dem Keller etliche Pfund Butter. Vorige Woche stahlen die Diebe dem Genossen Ernst sein im Gasthause stehendes Originalrad, Marke „Terzag“ Nr. 24:492. In Kausje wurde beim Eisenbahnpostwärter Nowatny aus einem verschlossenen Raume ein Herrenrad gestohlen. Da es nicht viel wert war, schraubten die Diebe den Sattel ab und warfen das Rad weg. Beim Fleischermeister Hillmann raubten die Diebe den Laden aus, müßten aber dabei geflohen werden, denn sie verloren mehrere große Stücke Fleisch. Altem Anschein nach bezuhnten die Diebe ein Auto zur Fortschaffung des Gestohlenen, das von mehreren Einwohnern beobachtet wurde.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Reichsbannerversammlung.

Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, Kreisgruppe Nimptsch, hielt am Sonntag vormittag eine Versammlung ab, die außerordentlich gut besucht war. Kreisleiter, Kamerad Kantor Meyer, eröffnete mit Begrüßungsworten die Versammlung. Gauleiter, Kamerad Steiner, knüpfte in seinen Ausführungen an das Referat des Leiters des Deutschen Landarbeiterversandes, der in einer vorher stattgefundenen Landarbeiterversammlung gesprochen hatte, an. Er wies nach, daß die Löhne der Landarbeiter solange auf einem derartigen Niveau gehalten würden, solange die vaterländischen sozialistischen Organisationen in derartiger Form wie bisher mit Geldmitteln unterstützt würden. Die Wirksamkeit dieser Organisationen zur Unterminierung der Republik ist stärker denn je. In Görlitz ist es der Aufmerksamkeit des Reichsbanners gelungen, drei Waggons Waffen zu entdecken und die Beschlagnahme zu veranlassen. Während der Monate März, April sind in Deutschland rund eine Million Gewehre (Kleinkaliber) gekauft worden. Davon sind bezogen worden 200 000 Gewehre aus Belgien (!) und 200 000 aus der Schweiz und aus Frankreich. (!) Alle diese Gewehre sind im Falle eines Kampfes gegen die Republik gerichtet die Augen offen zu halten, ist die Parole des Tages. Hinein in das Reichsbanner zum Schutz der Republik! — Kamerad Kantor Meyer dankte dem Referenten und richtete nochmals einen Appell an die Anwesenden, mitzumachen und mitzuarbeiten im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Mit einem drauhenen Hoch auf die soziale, demokratische Republik schloß die Versammlung.

* Sonntag, den 19. Februar, abends 7 Uhr, findet im Lokal von Pelke unsere Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht aller Parteigenossen und Genossen, pünktlich zu erscheinen.

* Zum Vorsitzenden der Arbeitsgerichtlichen Spruchkammer ist Gerichtsassessor Bluhm-Nimptsch bestellt worden.

* Eine Ortsgruppe des bekannten Reichsschutzverbandes für Handel und Gewerbe wurde hier gegründet. 16 Mitglieder treten ein.

Am 16. Februar, früh 3 Uhr, verschied nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine inniggeliebte Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Olga Born

geb. Golleck
im 51. Lebensjahre.
In tiefstem Schmerz
Breslau, den 17. Februar 1927
Gräbschener Straße 53.

Im Namen der Hinterbliebenen Otto Born.

Beerdigung: Sonnabend, den 19. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Magdalenen-Friedhofes, Steinstraße.

Am 13. Februar verstarb nach langer Krankheit die Ehefrau unseres Mitgliedes **Friedrich Schulze**
Frau Hedwig Schulze
geb. Nontschel
im Alter von 56 Jahren.
Ihr Andenken werden in Ehren halten
47 b Die Mitglieder der **Republikanischen „Arbeitslosen“**
Trauerfeier: Freitag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.

Gesundheit, Kraft und Schönheit durch Schwimmen, Baden, Schwitzen und Massage im **Dreslauer Ballenschwimmbad**

Danke dessen, aber behalten Sie Ihre Gesundheit lieber für sich, dadurch, daß Sie die wunderbar wirkenden, in mehreren Staaten patentierten Kukurölen-Ginsegen tragen. Sollte ich sie gestern schon getragen, so hätte ich nicht diesen schmerzhaften Schnupfen. 1 Paar echte Kukurölen-Ginsegen kosten M. 1.25 bis M. 1.75. Sie bekommen sie aber auch in einfacher Ausführung zum Preise von 60 Pfa. bis 1 Paar das Paar, außerdem in einfacher Ausführung 2 Paar für 50 Pfa. Sie sparen viel Strümpfe und Schuhe, wenn Sie die Kukurölen-Ginsegen tragen, weil die Kukurölen-Ginsegen soeben antiseptisch imprägniert sind und den Schweiß aufsaugen, der sonst die Strümpfe und Schuhe zerstört. Wenn jemand nicht, dann sagen Sie bitte nicht mehr Gesundheit, wie das bisher üblich war, sondern

Kukurölen Sie!

Dadurch wird Jeder dann erinnert, daß die echten Kukurölen-Ginsegen das sicherste Vorbeugungsmittel gegen Schnupfen und alle Erkältungskrankheiten sind. Halten Sie sich vor kaltem und nassem Fieber und lauten Sie die Wärme spendenden Kukurölen-Ginsegen nach heute: **Kukurölen-Kart Strick, Groß-Gasse bei Postamt**
Kukurölen-Verkaufsstellen: Nordstadt-Drogerie, Trebbauer Straße 12; Opitz-Drogerie, Gabelstraße 87/89; Drogerie Otto Oehme, Weiskystri, 18; Drogerie zur Post, Poststraße 9; Reichsadler-Drogerie, Wöhrnerstraße 47/49; Reichs-Drogerie, Trebbauer Str. 46; Resina-Drogerie, Neue Taubenstraße 17; Drogeriehaus Oskar Reymann, Neumarkt 14.

Druckerei Bollwacht Ausführung aller Druckarbeiten
Breslau 2 **Stuckstraße 4/6**

Gewerkschaftsbewegung.

Der Bundesausschuss des ADGB zum Arbeiterschutzgesetz und zur drohenden Miets-erhöhung.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes behandelte am Mittwoch Arbeiterschutzgesetz sowie Lohnfrage und Miets-erhöhung. Das einleitende Referat über den Arbeiterschutz-Gesetz hielt Franz Spieß, der Vertreter der sozial-politischen Abteilung des Bundesvorstandes. In knapper Sprache erläuterte er die einzelnen Punkte des Entwurfs zur Ver-hinderung des Achtstundentages. In der Hauptsache be-zuglich der Vertreter der Verbände mit den Hauptforderungen der verschiedenen Gewerkschaften an den neuen Entwurf. Besondere-lebhaft wurde dabei die Frage der Unterstellung der Beamten unter das Arbeiterschutzgesetz, die Festlegung des Begriffs der Arbeitsbereitschaft und der Familienbetriebe, die Regelung der Schichtarbeit bei ununterbrochener Arbeit usw. diskutiert. Der Bundesausschuss nahm dann einstimmig folgende Ent-scheidung zum Arbeiterschutzgesetz an:

Der Bundesausschuss des ADGB stellt fest, daß der von der Regierung vorgelegte Entwurf zu einem Arbeiterschutz-gesetz in keinem seiner Teile den berechtigten sozialpolitischen Forderungen der deutschen Arbeiter entspricht. Sein Hauptziel, die Arbeitszeitregelung, ist ein Schritt auf den Achtstundentag. Es werden unter Verschlechterung selbst der gegen-wärtigen Regelung tägliche Arbeitszeiten bis zu zwölf und mehr Stunden legalisiert. Die Wochenarbeitszeit soll nach dem Gesetzentwurf eine Ausdehnung erfahren können, die die höchsten Erwartungen der deutschen Unternehmer noch übersteigt. Die zugelassenen zahlreichen Abweichungen vom Achtstundentag müßten dazu führen, daß künftig keine Aufsichts-behörde die Durchführung des Gesetzes überwachen könnte.

Der Bundesausschuss fordert von der Reichsregierung und dem Reichstag, daß das Arbeiterschutzgesetz die Arbeitszeit klar und eindeutig und für alle Arbeitnehmer auf höchstens 48 Stunden wöchentlich begrenzt. Etwasige Überarbeit darf, unter strengster Beschränkung auf wirklich dringliche Fälle, nur auf Grund von frei zwischen den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Unternehmer vereinbarten Bestimmungen und unter Zahlung eines besonderen Zuschlages von mindestens 25 Prozent zugelassen werden. Die Möglichkeit von Zwangsarbeiten mit längerer Arbeitszeit durch verbindlich erklärte Schiedsprüche ist gänzlich auszuschalten.

Die Bestimmungen über den Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer, über Nachtarbeit und Ruhezeiten, Mutter- und Kinder-schutz sind völlig ungenügend und bleiben zum Teil weit hinter den elementarsten Forderungen der Sozialpolitik zurück. Der Jugendschutz muß uneingeschränkt bis zum 18. Lebensjahr ausgedehnt und durch Gewährung bezahlter Ferien ausgebaut werden. Für besonders gesundheitsgefährliche Be-rufe muß das Gesetz mehr, als der Entwurf vorsieht, besondere Schutzbestimmungen enthalten.

Die Sonntagsarbeit muß viel weiter gehen als der Entwurf es vorsieht, außer auf die Verkehrsbetriebe und die der Unterhaltung und Versorgung dienenden Gewerbe auf wirklich ihrer Art nach unauflösbare Arbeiten beschränkt werden. Jede andere gewerbliche Tätigkeit mit Ausnahme der notwendigen durchgehenden Arbeiten, ebenso Verkäufe jeder Art müssen vollständig und ausnahmslos ruhen. Arbeit-snehmer, deren Arbeit ihrer Art nach am Sonntag verrichtet werden muß, ist dafür eine mindestens 80stündige ununter-brochene Ruhezeit in der Woche zu sichern.

Der Geltungsbereich des Arbeiterschutzgesetzes muß sich in vollem Umfange auch auf die Betriebe der Landwirt-schaft, der Fischerei, des Bergbaus unter Tage, auf See-, Fluß- und Luftschifffahrt und Fischerei, auf Hauswirtschaft und auf das Pflegepersonal und hauswirtschaftliches Personal in Krankenhäusern und Pflegeanstalten erstrecken. Besonderen Eigen-artigen dieser Gewerbe kann in dem Gesetz durch Sonderbestimmungen Rechnung getragen werden.

Zu bezug auf die Frage der Löhne und Mieten wurde ebenfalls einstimmig eine Entschiedenheit angenommen, in der nochmals vor der geplanten Miets-erhöhung um 20 Prozent gewarnt und für den Fall, daß die angekündigten Miets-erhöhungen im Reichstag doch beschlossen werden, folgende Forde-rung aufgestellt wird:

Die Miete der Hausbesitzer darf unter keinen Umständen erhöht werden. Alle eintretenden Miets-erhöhungen müssen durch gleichzeitige Lohn-erhöhungen ausgeglichen werden. Insbesondere sind in allen Lohnvereinbarungen bindende Klauseln vorzulegen, wonach alle im Laufe der Vertragsperiode eintretenden Miets-erhöhungen automatisch durch Lohn-erhöhungen ausgeglichen werden.

Darüber hinaus muß aber zur Beseitigung der all-gemeinen Notlage der Arbeiterklasse, zur Hebung der Kaufkraft der breiten Massen und zur Ueberwindung der chronischen Arbeitslosigkeit mit größter Beschleunigung das Lohnniveau systematisch erheblich gehoben werden.

Von den amtlichen Schiedsorganen, die an der Lohn-festsetzung mitwirken, fordert der Bundesausschuss, daß sie in ihren Schiedsprüchen nicht etwa nur die Miets-erhöhungen ausgleichen, sondern durch darüber hinausgehende Lohn-erhöhungen den wirt-schaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen.

Der Kampf in der Leipziger Metallindustrie.

Leipzig, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) An den Ur-abstimmungen in den Leipziger Metallbetrieben über die An-nahme des Schiedsprüchs haben nun circa 18 000 Arbeiter mit über 90 Prozent für die Ablehnung gestimmt. Am Donnerstag haben Verhandlungen in dieser Sache im Reichs-arbeitsministerium statt.

In den letzten Tagen gingen einem Teil der Leipziger Metallarbeiter Schreiben zu, in denen sie von den Unternehmern aufgefordert wurden, in die Betriebe zurückzukehren, um Not-fallarbeiten zu verrichten. Dieses Ansinnen wurde aber von den Arbeitern abgelehnt, da sie nicht gewillt sind, ihren Kollegen im Kampf um die Wiedereinführung des Achtstundentages in den Rücken zu fallen.

Jahresversammlung des Verkehrsverbandes.

Am Montag, den 14. Februar, fand im Gewerkschaftshaus die gut besuchte Jahresversammlung des Deutschen Verkehrs-verbands statt. Die Versammlung wurde im Zeichen des Aufstiegs und des wachsenden Interesses für gewerkschaftlichen Fortschritt, was in der ruhigen, sachlichen, Erledigung der Tagesordnung seinen Ausdruck fand. Etwas lange wurde dies vernimmt, und zur Freude, ganz besonders der alten Gewerkschaftskämpfer, trat die gute Aussicht für die Zukunft nun hervor.

Kollege Gant gab den Geschäftsbericht über das 4. Quartal und den vom gesamten Geschäftsjahr 1926. Aus seinen Aus-sagen war zu ersehen, daß trotz großer wirtschaftlicher Krise, unter der alle Gruppen zu leiden haben, von der Verwaltung ver-lacht wurde, alles zu tun, was im Interesse der Verbands-mitglieder liegt. Wohl ist es nicht möglich gewesen, den allzu berechtigten Wünschen der einzelnen Gruppen besonders in punkto Lohnverbesserung, gerecht zu werden. Unserem Bestreben auf Ver-besserung der bekannt niedrigen hiesigen Löhne wird von der Gegenseite recht schwer entgegenge-setzt. Dies müßte jeden Einzelnen zwingen, besonders in Aus-bau der Organisation zu helfen. Wenn auch Fortschritt zu verzeichnen sei, kann von einer inneren Befriedigung nicht gesprochen werden, wie auch der Kassenbericht, der gedruckt vorlag und den Kollegen Brünner später in seinen Ausführungen näher detailliert, trotz Besserung der Kassenverhältnisse nicht genügen kann. Arbeitslosigkeit, unter der auch viele Teile unserer Kollegen zu leiden haben, gab Ver-anlassung, diesen eine Weihnachtsunterstützung von 15 bis 25 Mark, je nach Mitgliedsdauer zu geben. Den nur allzu berechtigten Wünschen unserer Arbeitslosen, auf Wegfall der ins unendliche geleiteten Ueberstunden, und Höchstzulässigkeit der Acht-Stunden-Verschöpfung, kann nicht schnell genug entsprochen werden, um eine Besserung der Notlage unserer Arbeitsbrüder herbeizuführen.

Nach einer kurzen sachlichen Diskussion wurde auf Antrag der Revisionskommission der Verwaltung Entlastung erteilt. In der darauf folgenden Wahl für die Kollegen zur Gau- und Orts-verwaltung wurden die von den einzelnen Abteilungen in Vor-schlag gebrachten Kollegen einstimmig gewählt.

Mit dem Hinweis auf das am 19. März in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses stattfindende Bundesvergüngen, ver-bunden mit der Erung unserer 25 Jahre und länger der Organi-sation treu angehörenden Kollegen, sowie einer kurzen Erläute-rung der ab 1. Januar von der Bundesleitung eingeführten Renten- und Todesfall-Unterstützungskasse, der sich jeder Ver-bandskollege anschließen soll, um in Notfällen und im Alter ge-schützt zu sein, und der Ermahnung zur rührigen Mitarbeit, fand die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Verkehrsverband ihr Ende.

Wirtschaft.

Der Arbeitsmarkt in Schlesien.

Auch in der Berichtswache vom 3. bis 9. Februar wies die Arbeitsmarktlage in der Provinz Niederschlesien wenig Ver-änderungen auf. Die Reinigung zur Besserung hielt, wenn auch in geringem Umfange, weiter an. Die Zahl der Arbeitsuchenden ging von 130 577 auf 129 624 zurück, die der Erwerbslosen-Unter-stützungsempfänger von 98 517 auf 98 357. Zu der Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger treten noch etwa 6500 aus der Arbeitslosenunterstützung.

In der Stadt Breslau betrug die Zahl der Arbeits-suchenden 46 213 (in der Vorwoche 47 124); die der Erwerbslosen-unterstützungsempfänger 30 674 (in der Vorwoche 30 416). Arbeits-unterstützungsempfänger wurden in Breslau 4803 gezählt.

Im Vorjahr betrug die Zahl der Arbeitsuchenden am 10. Februar in der Provinz Niederschlesien 124 924.

In der Landwirtschaft hob sich die Nachfrage nach gelerneten, jüngeren, männlichen und weiblichen Arbeitskräften; gänzlich Stallmägde wurden gesucht und konnten zum Teil nicht in genügender Anzahl beschafft werden. Die Nachfrage nach Deputatfamilien mit Hofbegleitern stieg weiter an; dagegen konnten Arbeiterfamilien ohne Hofbegleiter und mit kleinen Kindern nur schwer untergebracht werden.

In der Forstwirtschaft fanden Entlassungen von Holzschlägern im Hirschberger Bezirk statt. Im Neusalzer Bezirk forderte die Forstwirtschaft einige Arbeitskräfte an.

Im Waldenburger Bergbau waren offene Stellen für Häuer, Lehrhäuer und Kohlereiarbeiter gemeldet; letztere konnten örtlich gestellt werden. Im Niederlausitzer Braunkohlenbergbau konnten vereinzelt Vermittlungen vorgenommen werden.

In der Industrie der Steine und Erden wurden eine Anzahl Arbeitskräfte zu Anlernstellen in die Steinbrüche des Rimplcher Bezirks vermittelt. Die Ziegelindustrie forderte Kräfte bisher noch nicht an. Die Glasindustrie des Hirschberger Bezirks ist zur Zeit gut beschäftigt. Tagelöhner hat eine Glas-hütte im Rothenburger Bezirk einer Anzahl Arbeitskräften ge-fundigt.

In der Metallindustrie ist nach wie vor die Lage ungünstig. In Görlitz bestand geringe Nachfrage nach Schloßern, Drehern und Maschinenarbeitern, vereinzelt auch nach Formern. Aus Grünberg werden Entlassungen von Fachkräften aus der Metallindustrie gemeldet. Im Schweißnagel- und Hirschberger Bezirk wurden einige Fachkräfte vermittelt.

Im Spinnstoffgewerbe des Grünberger Bezirks ist die Beschäftigung auch weiterhin eine gleichmäßige; mit Ent-lassungen dürfte für die nächste Zeit hier nicht zu rechnen sein. In Waldenburg hielt der Bedarf an Fachkräften für die Webereien weiter an. Auch die Landeshuter Leinwandindustrie benötigt Weber und Weberinnen. Hirschberg berichtet über guten Geschäftsgang. Auch Lauban konnte eine Anzahl Weberinnen und angelesene Kräfte unterbringen. Vermittlungen von Hilfs-kräften fanden vereinzelt in Görlitz statt. Im Reichenbacher Langenbielauer Bezirk steht in der Textilindustrie infolge der verschärften Lohnverhandlungen und Ablehnung des von seiten des Schlichters gefällten Schiedsprüchs Streit bzw. Aus-sperrung bevor.

Die Papierindustrie ist vornehmlich im Schönauer und Hirschberger Bezirk noch immer voll beschäftigt; doch sollen im Hirschberger Bezirk Entlassungen auf Grund rationaler Betriebsführung bevorstehen.

In der Lederindustrie forderte das Sattlergewerbe einige Arbeitskräfte an.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe fanden im Landauer Bezirk weitere Entlassungen statt. Dagegen nahm die Schweißnagel- und Metallindustrie einige Einstellungen von Fach-kräften vor. Auch aus Görlitz wird über vereinzelte Einstellungen von Arbeitskräften berichtet. Gut beschäftigt ist die Hirschberger Holzindustrie.

Im Bekleidungs-gewerbe ist eine Besserung der Arbeitsmarktlage zu beobachten gewesen. Sowohl in Breslau als auch in Görlitz und Leipzig keilte die Konfektionsindustrie Arbeitskräfte ein. Nachfrage bestand nach Konfektionschneidern und Näherinnen für die Herrenkonfektion. Auch in Schweißnagel wurden mehrere Fachkräfte angefordert.

Im Baugewerbe hob sich die Vermittlungstätigkeit, obgleich eine verstärkte Aufnahme der Bauarbeit infolge des Grotes noch nicht möglich war. Auch Rohbauarbeiten (vor-namlich Tiefbau- und Straßenbauarbeiten) wurden wieder in Angriff genommen.

Im Verkehrsgewerbe konnten eine Anzahl Schiffer die Arbeit wieder aufnehmen.

Achtung, Hausangestellte!

Mit Nachfolgendem warnen wir die Hausangestellten, um sie vor Schaden zu schützen. Es kommt des öfteren vor daß Herrschaften, die zugleich Kaufleute oder sonstig: Gewerbe-treibende sind, in Konkurs geraten. Die Hausangestellte denkt sich bei diesem Vorfall nichts und bleibt ohne weiteres im Dienst der Herrschaft. Nach einem oder mehreren Monaten, nachdem sie kein Gehalt bekommen hat, muß sie zu ihrem Er-staunen erfahren, daß infolge des Konkurses eine Lohnzahlung nicht mehr erfolgen kann, und da die Hausangestellte gewöhn-lich auch ihre Ansprüche beim Konkursverwalter nicht angemeldet hat, ein klagbares Recht nicht mehr besteht.

Wir eruchen daher alle Hausangestellten, sofern sie irgend-wie merken, daß ihre Herrschaft in Konkurs geraten ist, sich sofort bei der unterzeichneten Organisation Auskunft einzuholen, welche Maßnahmen getroffen werden können.

Der Zentralverband der Hausangestellten, Gruppe im Deutschen Verkehrsverband, der sämtliche Interessen der Haus-angestellten vertritt, erteilt Auskunft jeden Nachmittag von 5 bis 7 Uhr, außer Sonntagen, im Gewerkschaftshaus, Neubau 1. Stock, Zimmer 115; außerdem auch jeden Mittwoch von 8 Uhr abends bis 11 Uhr, in welcher Zeit stets Unterhaltungsabende stattfinden.

So ist jeder Hausangestellte Gelegenheit gegeben, ihre Interessen durch den Zentralverband der Hausangestellten wahren zu können.

Die Sperre über die Vereinigte Cichorien-A.G. aufgehoben.

Die Wünsche der Arbeiterkassette sind befriedigt. Die Be-triebsleitung hat sich in anerkannter Weise bemüht, die Differenzpunkte zu beseitigen. Die Sperre ist aufgehoben. Verband der Fabrikarbeiter.

Deutscher Verkehrsverband.

Freitag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, findet im großen Saale der „Brasslawia“ Versammlung aller SPD.-Betriebs-ratsmitglieder und Vertrauensleute statt. Näheres siehe Ein-ladung in der Beilage der „Volkswacht“ vom Mittwoch, den 16. Februar.

Soziales.

Wie der Arbeiter lebt.

Ein Zeugnis aus Mittelstandskreisen.

Die „Allgemeine Arbeiterzeitung“ hat in einer Reihe von Artikeln die Notlage des Fleischer-gewerbes in den Städten behandelt. Sie macht darin Angaben die recht inter-essante Rückschlüsse auf die Kaufkraft der Bevölkerung gestatten. So schreibt sie u. a.:

„Wie gering der Absatz in manchen Ladengeschäften ist, davon nur ein Beispiel: In einem Ladengeschäft in der Arbeitergegend wurde bis 3 Uhr nachmittags eine Kasseinnahme von sege und schreibe (noch nicht volle) vier Mark Kassenlässe erzielt. Das war am Dienstag voriger Woche! Und wie war es am Sonnabend? (Der Sonnabend war auch Monatschluß!) Man sollte doch annehmen, daß an solchen Tagen ein Andrang von Kunden, wenig-stens zeitweilig, anzutreffen wäre, zumal man an den anderen Tagen doch fast keinen Käufer im Laden antrifft. Tagsüber, am Sonnabend, waren wohl ein bis zwei Käufer von Kunden, aber selbst in den beiden letzten Abendstunden setzte nur ein etwas lebhafter Verkehr ein. Durch die große Arbeitslosig-keit ist der Konsum erschreckend zurückgegangen. — Viel Schaden bringt vor allem auch die erzwungene Spar-samkeit der lautmännlichen Angestellten in den Städten. Jeder Angestellte oder Arbeiter oder Beamte hatte in der Vorkriegszeit sein kräftiges zweites Frühstück in der Tasche. Entweder ließ er sich ein „Bierlein“ holen oder er brachte sich die Brotkrumen mit ins Geschäft. Und heute? Es gibt für den Durch-schnittsarbeiter und Angestellten jetzt überhaupt nur noch drei Mahlzeiten: Morgenkaffee, Mittag- und Abendmahlzeit. Das „Mittagessen“, früher warm mit Fleisch und Gemüse, besteht jetzt aus Margarine- oder Butterbrot, Wurst wird kaum noch anders als „ganz dünn“ aufgelegt und die Stadtbevölkerung hat sich das warme Mittag-essen vielfach abgewöhnt.“

Das obengenannte Mittelständlerblatt schildert die Aus-wirkungen der sogenannten Kapitalneubildungs-politik richtig. Bemerkenswert ist nur, daß die Auswirkungen dieser Politik sich bereits gegen ihre Träger wenden. Die Be-hauptung überhöhter Preise bei unzureichenden Löhnen macht sich auf dem Papier und im Anfange ganz schön aus. In der Praxis zeigen sich dann die furchtbaren Schäden auch für die-jenigen, die anfänglich an dieser Politik profitierten.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist, diese unterstützt von vielen bürgerlichen Handwerkerstimmen, diese Politik fortzusetzen.

Kammergerichtsentscheide in Aufwertungsfragen.

Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt folgende Ent-scheidungen des Kammergerichts in Aufwertungsfragen bekannt:

Der Umstand, daß der Erwerber eines Grundstücks eine Hypothekenschuld im Kaufvertrag übernommen und sie zurückgezahlt hat, schließt für sich allein, wenn die Voraussetzungen des § 20 Abs. 2 A. O. durch Erteilung der Lösungsbewilligung oder Lösungsfähigen Quittung vor dem Eingang des Antrages auf Eintragung des Eigentumswechsels im übrigen gegeben sind, dessen Anwendbarkeit zugunsten des Erwerbers für diese Hypothek nicht aus. Auch in diesem Falle bedarf es zur Wiedereintragung der gelöschten Hypothek zum Aufwertungsbeitrag, die im Wege des Unrichtigkeitsnachweises erfolgen soll, des formgerechten Nach-weises des nicht gutgläubigen Erwerbers (I. Zivilsenat vom 23. 12. 1926; I. X. 880/26).

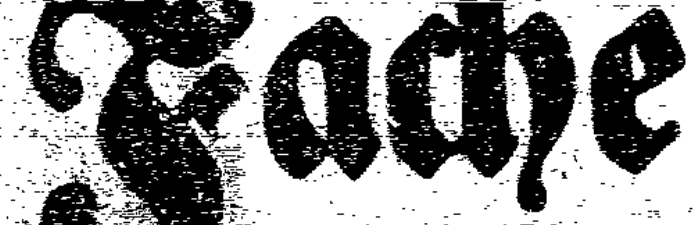
1. Auch eine nur mündliche Anmeldung des Anspruchs auf Aufwertung gemäß § 16 A. O. bei dem Beamten der zu-fälligen Aufwertungsstelle kann die Rechte des Anmeldenden wahren.

2. Auf übereinstimmenden Antrag der Beteiligten hat die Aufwertungsstelle schon vor der Entscheidung des zuständigen Prozeßgerichts über den Grund des aufzuwertenden Anspruchs den Aufwertungsbeitrag festzusetzen (9. Zivilsenat v. 13. 1. 1927; A. O. III 959/26).

Die Aufwertungsstelle darf nicht nur bei offensichtlich un-begründetem Bestreiten des Grundes des Anspruchs von einer Aus-scheidung absehen, sondern auch dann, wenn sie nach gewissenhafter Prüfung zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Anrufung des Prozeßgerichts erfolglos sein würde (9. Zivilsenat vom 20. 1. 1927; A. O. III 810/26).

Im Anmeldeungsverfahren ist eine Aussetzung des Verfahrens unzulässig (9. Zivilsenat vom 20. 1. 1927; A. O. III 129/26).

„Weinbrandmarken, „Edellitöre, „Edelbranntweine, Punsch, Jamaica-Rum, Arrac-Verfälschte“ sind den führenden Marken des In- und Auslandes ebenbürtig!



Die Preiswürdigkeit unserer Fabrikat erklärt sich dadurch, daß die Preise ohne jeden Verschönerungs-, ohne Verschönerungs- und ohne laufende Reklame kalkuliert sind.

Emil Zache Aktien-Gesellschaft

Bitte probieren - und vergleichen Sie Einzelverkauf in allen Städte- und unserm Detail-Handelvertriebsnetz (kein Ausschank) Schloßstraße 23